

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mh. 1.50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfersstraße 28, I.

Nr. 28.

Hamburg, den 11. Juli 1896.

8. Jahrgang.

Lohnbewegung.

Platzsperrn sind verhängt in: Bremerhaven über die Arbeiten des Zimmermeisters Schmidt (Altona), Cannstatt über das Baugegeschäft von Rapp, Friedrichshagen bei Berlin, Lahr in Baden bei K. Langenbach, Rathenow über den Platz von C. Grünberg, Stettin, Stuttgart über das Geschäft von Hofacker, Wegeack über das Geschäft von Mahlsiedt, Wilhelmsburg über die Bering'schen Arbeiten, Wolgast über den Platz der Aktiengesellschaft Kraefft & Co.

Der Zuzug von vorstehenden Orten ist strenge fern zu halten und es ist Pflicht aller Zimmerer Deutschlands, für finanzielle Unterstützung zu sorgen.

Kameraden! Kauft die Extramarken der Hauptkasse. Geld, Geld und immer wieder Geld ist die Lösung. Die Zimmerer Deutschlands sind unbezwinglich, wenn jeder Einzelne seine Schuldigkeit thut!

Ein wahrer Kulturkampf.

Der industrielle Aufschwung hat eine Menge von Arbeitseinstellungen gebracht und dem behabigen Spießbürger beginnt es zu grauseln. Für ihn ist die alte Weltordnung schon halb aus den Angeln gehoben, wenn die Arbeiter Ansprüche auf höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit machen, gerade wie bei gewissen alten Weibern das Menschengeschlecht unrettbar der Verderbnis geweiht ist, seitdem die Dienstmädchen Hüte tragen. Der Spießbürger kann sich nun einmal von einer Arbeitseinstellung keinen anderen Begriff machen, als daß dieselbe aus der Faulheit, Begehrlichkeit und Genußsucht der Arbeiter entspringt, und gerade diejenigen Leute, die in der Lage sind, niemals arbeiten zu müssen, die Rentenverzehrer, Dividendenschlucker, Müßiggänger und Pfastertreter aller Art, sind am meisten sittlich empört, wenn die Arbeiter den Neun- und Zehnstundentag verlangen. Es liegt darin eine Art brutalen Instinkts, denn die Leute des arbeitslosen Erwerbs haben den dunklen Drang, eine möglichst intensive Ausbeutung der Arbeitskraft zu wünschen. Sie glauben, darin eine Garantie zu finden, daß ihre Zinsen, Renten und Dividenden dauern fließen.

Wir sind sicherlich die entschiedensten Gegner aller Streiks, die ohne gegründete Aussicht auf Erfolg unternommen werden. Andererseits aber können wir nicht sehnsüchtig und dringend genug wünschen, daß den Arbeitern die Benutzung der gegenwärtigen Konjunkturen die erwünschten Erfolge bringen möge.

Der große Kampf der Arbeiterbewegung ist ein dreifacher; auf politischem Gebiet wird um die politische Macht gerungen und auf sozial-politischem Gebiet erstrebt man durch die Gesetzgebung den Schutz des Arbeiters gegen die groben Auswüchse des Kapitalismus. Damit verbindet sich in den Fachorganisationen der Arbeiter der große Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die herrschenden Klassen mögen noch so heuchlerisch über „Begehrlichkeit“ schreien, wir nehmen das nicht ernst. Denn das Unternehmertum be-

nützt jede, auch die kleinste Gelegenheit, den Arbeitern die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und an Produktionskosten zu sparen. Und die Arbeiter sollten nicht jede Gelegenheit ergreifen, die ihnen eine Erhöhung ihrer Löhne, eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit bringen kann? Leider kommen solche Gelegenheiten nur zu selten. Das bewirkt die Ersparnis an Arbeitskräften, welche die modernen Produktionsmittel dem Unternehmer gestatten, sowie die Verkümmern des Koalitionsrechts.

Daß die Arbeiter in diesem wirthschaftlichen Kampf Erfolge erringen, muß Jedermann, dem die Zukunft unseres Volkes nicht gleichgültig ist, der dringendste Wunsch sein. Die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskräfte führt nicht nur den Volkskörper einem schließlichen Siechthum und Kräfteverfall entgegen, sie schädigt auch enorm die geistige Fortentwicklung nicht nur, weil der Arbeiter für seine Geistesbildung keine Zeit mehr übrig hat, wenn all seine Lebensfähigkeit in dem Erwerb seines kümmerlichen Lohnes aufgeht. Das Elend macht stumpf, und wenn die Massenarmuth einmal einen gewissen Grad überschritten hat, dann geht leicht der Masse das politische Verstandniß sowohl wie auch die Ausdauer in dem politischen Kampfe verloren.

Nichts ist verfehlter, als die so oft vernommene Annahme, daß der Sieg der Arbeiterbewegung mit aller Schnelligkeit erfolgen könnte, wenn nur das Massenelend den denkbar äußersten Grad erreicht hätte. Das könnte zu ganz unerwünschten Konsequenzen führen. Gewiß ist das Elend mit seinen schrecklichen Wirkungen der Gegenstoß auf die Auswüchse des Kapitalismus, der die Korrektur der mangelhaften Produktionsverhältnisse herbeiführen wird. Aber das Elend darf nicht so weit kommen, daß den Arbeiter die Leiharbeit des Elends erfaßt und er in dumpfer Hoffnungslosigkeit sein trauriges Schicksal über sich ergehen läßt. Es ist kein Zufall, daß in so vielen Gegenden, wo die Arbeiter im schrecklichsten Elend dahingleben müssen, bei den Wahlen immer die reaktionären Parteien den Sieg davon tragen.

Der Kampf der organisirten Arbeiter um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ist daher ein wirklicher Kulturkampf, der es verhüten will, daß das Leben Derjenigen, welche die Werthe schaffen, zu einem bloßen Vegetiren werde, das eines jeden Menschen unwürdig ist.

Die bürgerliche Verleumdungskunst hat es so lange fertig gebracht, daß in jedem Streik ein Auswuchs der Trägheit und Begehrlichkeit erblickt wurde. Das beschränkt sich heute auf die Dummen und Böswilligen; die ernsthaften und tüchtigen Elemente in unserem gesammten Volke haben es längst erkannt, welche Bedeutung der wirthschaftliche Kampf der Arbeiter hat.

Und von dieser Erkenntniß werden immer weitere Kreise ergriffen werden. Die Menschlichkeit gebietet, daß man im Menschen eben mehr erblickt, als nur ein Ausbeutungsobjekt für den Kapitalismus.

Hammer und Amboß.

Seit dem Umsichgreifen des Privateigenthums an Boden und Produktionsmitteln geht durch die

ganze menschliche Gesellschaft ein tiefer Miß, der die Menschheit in zwei Theile, mit ganz entgegengesetzten Interessen, spaltet. Es ist der Gegensatz zwischen einer privilegierten Minderheit von Besitzern und der rechtlosen Mehrheit der Besitzlosen. Alle die Kämpfe zwischen Krieger- und Hirtenvölkern vorgeschichtlicher Zeiten, die Kämpfe zwischen Sklaven und Herren, zwischen Plebejern und Patriziern des Alterthums, dann die Bauernkriege des Mittelalters und der neueren Zeit, endlich die Kämpfe zwischen Feudalismus und Bourgeoisie und die gegenwärtigen Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sie alle entspringen nur den Gegensätzen, welche das Privateigenthum hervorrief. Hammer oder Amboß zu sein, ist der Angelpunkt aller politischen wie sozialen Bestrebungen; schlagen oder geschlagen werden, ist die Lebensfrage der menschlichen Gesellschaftsklassen.

Was ist aus dieser schönen Erde unter der Herrschaft des Privateigenthums geworden? Ein Tummelplatz von Kämpfen und kein Ende; ein unübersehbares Feld nicht der Arbeit und des Genußes für Viele, sondern des Wuchers und der Spekulation für Wenige.

Diesen Wenigen fällt Alles zu; sie nennen Berg und Thal ihr Eigen, sie sperren Wiese und Wald für sich ab, die Schätze des Erdinnern, so mühsam und gefahrvoll zu Tage gefördert von Anderen, sie legen ihre Hand darauf; für den Armen aber kein Fleckchen Erde, das ihn ernähren könnte, er hat allen Antheil an den Gütern verloren, trotzdem oder vielleicht gerade weil er arbeitet.

„Seht doch,“ ruft Leopold Jakoby, der Dichter —

„Seht doch, wie wunderbar es ihnen geht!
Sie pflanzen das Land
Und säen die Saaten aus
Und bringen die Ernte ein
Und dürfen doch der Frucht nicht genießen.
Sie bauen alle Häuser
Und können nirgends wohnen.
Sie machen Alles, sie schaffen Alles,
Und sie haben nichts.“

Wodurch aber hat der Arme seinen Antheil an den Gütern dieser Erde verloren? Schon Goethe hat sich diese Frage vorgelegt und treffend beantwortet:

„Sag' an, mein Kind, woher sind diese Gaben?
Du kannst nichts von Dir selber haben.“
„Et, Alles hab' ich vom Papa!“
„Und der?“ — „Vom Großpapa!“
„Nicht doch!“ — „Von wem hat's der bekommen?“
„Der? — hat's genommen!“

Und so ist es auch. Der Stärkere hat's genommen. Er hat's genommen mit demselben Rechte, wie er heute den Arbeitsertrag an sich reißt, und wie er auch, soweit es ihm möglich ist, dem Schwächeren das Licht der Sonne, das Wasser zum Leben, die Luft zum Athmen nimmt.

Die ganze gerühmte Kultur mit ihren so blind, so fahrig und wild durcheinander gewürfelten Interessen gleicht einem Trümmerhaufen. Nichts ist da, wo es hingehört, kein Funke von planmäßiger Ordnung, und was scheinbar am nächsten ist, steht einander erbittert gegenüber. Sind ihrer Mehrere in ein Joch gespannt, treiben sie ein und denselben Beruf, so ist das Erste, wenn sie

anziehen, daß sie einander beißen, fragen, schlagen und mit Fußtritten oder Faustschlägen zu Boden ringen — und das nennen sie dann — Konkurrenz.

Hammer oder Amboss? Schlagen oder geschlagen werden, Geschäft machen oder zu Grunde gehen, das ist Alles. Geschäft überwuchert Ehre und Gewissen, es kennt keine Liebe und keine Freundschaft; es erstickt alle edleren Triebe des Menschen, denn unter der Vorstellung des Reichthums als Kampfziel ist der Kampf um's Dasein zum Kampf Aller gegen Alle geworden, und kein Einzelnr ist dafür verantwortlich zu machen. Es liegt in dem System, dessen Opfer die gesammte Menschheit zu werden droht.

Und wie die kapitalistische Großindustrie die Handarbeit entwerthet hat, indem sie die Maschine als Konkurrentin des Menschen anstatt als Gehülfin und Erlöserin hingestellt hat, so entwerthet sie auch die Geistesarbeit. Wie die Kapitalisten an den Löhnen der Handarbeiter geizen, so auch in klüglicher Weise bei Denen, deren unermüdblicher Forschergeist ihnen stets neue Mittel und Vorrichtungen erfindet, die so schön, so fette Prozente abwerfen. Auch im Kopfarbeiter erblicken sie dieselbe Zitrone, die, wenn ausgepreßt, fortgeworfen wird, wie die Arbeiterzitrone.

Im Alterthum gingen die größten Denker und Künstler aus der besitzenden Klasse hervor. Diese Männer betrachteten es wenigstens als ihre Pflicht, ihren Reichthum mit geistiger Ueberlegenheit und bürgerlichen Tugenden einigermaßen zu rechtfertigen. Der heutige Kapitalist hat selbst das nicht mehr nothwendig. Er läßt auch in dieser Hinsicht Andere für sich arbeiten. Für ihn denken Andere, für ihn bilden Andere, für ihn sechten und sterben Andere — Alles für Geld.

Er selbst mag der größte Dummkopf sein, er braucht nichts von der Produktion zu verstehen, er braucht nicht einmal zugehen zu sein, um zu sehen, wie seine Taschen sich füllen. Er kann seine Revenuen im Auslande verzehren, denn zu was hat er seine Beamten, Ingenieure, Chemiker, Techniker?

Anfangs, als die Technik noch nicht so vorgeschritten war, als die Handarbeit noch im Vordergrund stand, war das freilich anders. Da war die Kopfarbeit noch ein gesuchter Artikel. Man mußte geistige Kräfte oft um schweres Geld von weither kommen lassen. Damals trug der Kopfarbeiter seine Nase noch hoch, denn er wußte oder ahnte nicht, daß auch er einst zum Proletarier herabsinken werde, daß auch seine Arbeit quantitativ geschätzt werden und dem Angebot und der Nachfrage unterliegen könne.

Heute jedoch, wo die zahlreichen Schulen für Chemie und Physik, für Handel und Verkehr alljährlich eine Unmasse von Geisteskräften auf den industriellen Markt werfen; heute, wo Alles, was nur halbwegs kann, nach den Hochschulen gravitirt, heute werden Maler, Lehrer, Ingenieure, Chemiker, Techniker und Agronomen (Landwirthe) wie Schlehnen auf dem Markte ausgeboten.

Die Arbeitslosen der Industrie bilden bekanntlich die Reservearmee des Kapitals; sie bilden mit ihrem Elende, mit ihrem Hunger und dessen Folge, der geschwächten Willens- und Widerstandskraft, den besten Rückhalt des Unternehmerrthums im Kampfe gegen das über seine Menschenrechte aufgeklärte Arbeiterproletariat. Der Hammer hat sie mürbe geschlagen; Prostitution und Verbrecherrthum sind das drohende Gespenst, das jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin, am schrecklichsten aber den Arbeitslosen vor den Augen schwebt.

Je mehr nun diese industrielle Reservearmee anwächst, je dräuender das Gespenst der Arbeitslosigkeit erscheint, desto mehr wenden sich den geistigen Berufen, der Kopfarbeit zu.

So mancher Kleinbürger, der selbst mit Noth und Sorgen zu kämpfen hat, der die Zukunft seines Gewerbes überschaut, läßt seinen Sohn unter den größten Entbehrungen studiren, oder bringt seine Tochter in ein Lehrerinnenseminar, weil er glaubt, daß sie dann keine Proletarier sein werden.

Hammer sollten sie werden, die zuschlagen, und Amboss sind sie geworden, auf welchen losgeschlagen wird. Es ist zu spät; mit der Geistesarbeit ist es heute beinahe so schlecht bestellt wie mit der Handarbeit; ja es giebt ein geistiges Proletariat nicht nur, sondern auch ein geistiges Proletariereleud, welches von den Betroffenen noch viel schwerer empfunden wird als vom Handarbeiter, denn die Wünsche, die Ansprüche an das Leben sind beim Gebildeten, ob mit Recht oder Unrecht, viel höher gestellt als beim einfachen Arbeiter, der nur die Volksschule besucht hat.

Paris hat jährlich 100 weibliche Lehrpläze zu vergeben; darum bewerben sich alljährlich zirka 5000 junge Mädchen mit dem Lehrerinnen-diplom in der Tasche. — Um nur noch ein Beispiel unter vielen anzugeben: Im „Evangelischen Hausfreund“ vom 3. Dezember v. J. lesen wir: „Ein technisches Bureau in Berlin suchte gegen monatliche Vergütung von 50 Mark einen Schreiber. Darum bewarben sich 216 Personen: 11 frühere Offiziere, 4 Philologen, 2 Juristen, 1 Mediziner und 123 Kaufleute, nur 75 Bewerber waren berufsmäßige Schreiber. Das ist nur ein Fall, der durch die Presse bekannt wurde. Wer wüßte es aber nicht, daß heute der Arbeitsmarkt der Intelligenz ebenso überfüllt ist, wie der des Handwerks? Die Handarbeit nährt ihren Mann nicht mehr, die Phrase vom „goldenen Boden“ des Handwerks ist eine längst verklungene Sage; das wissen sie Alle, die Tausende, die heute die gewerbliche Arbeit verschmähen und sich einem geistigen Berufe widmen, also „höher hinaus“ wollen und damit auch diese Arbeitskategorie der schonungslosesten Konkurrenz ausliefern.

Aber nur zu. „Die Kapitalisten schaffen auf diese Weise nicht nur Mehrwerthe“ — sagte einmal Friedrich Engels, „sie schaffen auch Proletarier, und wer Proletarier schafft, der schafft auch Sozialdemokraten!“ Sozialdemokraten aber sind Leute, die nicht in alle Ewigkeit Amboss bleiben wollen, sondern endlich einmal auch Hammer; Hammer und ein wenig zuschlagen auf das soziale Unrecht, auf die Vergewaltiger der Arbeit. Wenn Tausende von jungen Leuten, die ausgestattet sind mit einem reichen Schätze des Wissens, hierfür keine Verwendung finden können, wenn sie trotz ihres geistigen Reichthums allen Gefahren der Konkurrenz, allen Entbehrungen und Demüthigungen des Proletariereleuds preisgegeben sind, wer wird sich darüber wundern, wenn sie eine solche Ordnung verwünschen und darüber nachdenken, woran die Schuld ihres Elends liegt? Und das wagen wir kühn zu behaupten: Wer erst einmal darüber nachdenkt, muß, sofern er klaren Verstand besitzt, zum Sozialismus kommen. Wie, muß er sich sagen, habe ich meine besten Jugendjahre in den Hörsälen und Laboratorien zugebracht, um wie ein Bettler von jeder Thüre gewiesen zu werden? Wer ist diese Gesellschaft und zu wessen Gunsten macht sie ihre Gesetze? Wo er mit diesen Gedanken hingelangen muß, liegt auf der Hand. Er wird sich als Proletarier fühlen und darnach sein Handeln richten, oder versinken in das Verbrecherrthum, wie so viele Proletarier, die ihre Lage nicht erkennen, trotzdem sie systematisch dem Verbrechen in die Arme getrieben werden.

Das Massenelend der Handarbeit zeitigt seine Giftpflanzen: Raub, Mord, Todtschlag, Diebstahl und leibliche Prostitution; das Massenelend der Intelligenz hat als Korrelat dafür seine Fälscher, Betrüger, Defraudanten neben einer Unzahl verschiedener Gaunereien unter dem Titel Spekulation, seine Börsenwucherer, Aktienschwinder u. dgl., endlich auch die sogenannte geistige Prostitution, d. i. die Verkäuflichkeit der Seele, der Gesinnung.

Diese Preisgabe ist so widerlich wie die Preisgabe des Leibes für Geld. Die heiligsten Pflichten, die edelsten Gefühle, alle idealen Güter, die wir in dem Kampfe um die Kultur, um Freiheit und Recht erworben haben, werden über Bord geworfen, um nur den Geldsack zu retten. Verrath, Augenbinderei, Charakter- und Gewissenlosigkeit, damit besetzt, wandelt so mancher Dichter und Denker, so manche Leuchte der Wissenschaft

unter uns. Was einst Freiheit und Menschenrecht besang, liegt jetzt im Staube vor dem Gold verheißenden Tyrannen Kapital. O, nur einmal hier Hammer sein und loschlagen zu dürfen auf das Geschmeiß, das feige sein eigen Fleisch und Blut verräth, um der elenden Existenz eines sattgefressenen Bauches willen. All Ihr Kathederperrücken, die Ihr das Elend der Massen zu rechtfertigen sucht und Euch nicht schämt, die Wissenschaft hierzu zu mißbrauchen, wie Ihr elenden Goldschreiber der Tagespresse, die Ihr um einen Judaspfennig Euer Volk verrathen könnt, für Euch kommt schon noch die Zeit, wo aus einem Amboss hundert Hämmer hervorgehen werden, die Euch und Euer Werk zerschmettern. Fragt Euch schon heute mit Tiberius Gracchus, was geschehen würde, „si servi nos numerare possent — wenn unsere Sklaven uns zu zählen vermöchten?“

Die geistige Prostitution ist noch immer das Wahrzeichen des sittlichen Niederganges einer Gesellschaft gewesen, und ist es heute mehr denn je. Die Zustände unserer Zeit weisen mit denen des römischen Weltreiches zur Zeit seines Verfalls und Unterganges eine verzweifelte Ähnlichkeit auf. Waren die römischen Kaiser, war ein Nero, Caligula oder Tiberius schlechter als andere Menschen? Nein, ihre ganze Umgebung paßte zu ihnen, sonst hätten sie nicht so lange die Menschheit mißhandeln können. Sie bildeten höchstens den Kulminationspunkt der inneren Fäulnis, aber in allen Ständen und Rängen herrschte dieselbe Korruption. Man benutzte die Errungenschaften der Kultur, genoß das Leben so gut wie möglich, und ging das nicht mehr, nun, so gab man seinen Freunden noch ein Gastmahl und trank dann gleichgültig ein tödtliches Gift oder öffnete sich die Adern. Hammer konnten sie nicht mehr sein, Amboss wollten sie nicht werden, also fort von dieser Bühne.

Blind müßte man sein, wollte man nicht den analogen Zerfalls- und Auflösungsprozeß erkennen, der das ganze Gesellschaftsleben ergriffen hat. Und nicht durch die Sozialdemokraten oder Freidenker, wie oft behauptet wird, wird dieser Prozeß beschleunigt; Dampf und Elektrizität sind weit mächtigere Agitatoren; das ohrenerschütternde Säusen und Surren der Maschinen einerseits, und die Flüche und Verwünschungen der arbeitslosen, hungernden Proletarier andererseits, das ist eine Sprache, die weit eindringlicher ist, als unsere besten Redner. Und diese Sprache werden sie nicht zum Schweigen bringen; nicht mit Umsturz- oder Ausnahmegeetzen, nicht mit Polizei und Schubwagen.

Wir sehen die Fluth der Arbeitslosen immer mehr anschwellen, wir sehen die Zeit nahen, wo diese Fluth den Kapitalismus hinwegschwemmen wird. „Hier Millionen unverkäuflicher Hemden, dort Millionen nackter Rücken“ — an diesen beiden Felsen zerschellt der Kapitalismus. Er fragt zwar nicht nach den nackten Rücken der Armen, denn er selbst hat einen warmen Rock, aber an den unverkäuflichen Hemden muß er endlich bankrott werden. Mag es kommen, früher oder später; Eines wissen wir: Nicht mehr Hammer oder Amboss, sondern Hammer und Amboss wird die Devise kommender Zeiten lauten. Sind erst einmal die Klassenunterschiede beseitigt, müssen auch die Klassengegenätze verschwinden. Dann wird Alles zusammenhelfen können, das Leben so angenehm zu gestalten wie möglich, dann wird Jedermann Hammer und Amboss zugleich sein. Darüber täuschen wir uns ganz sicher nicht.

Bericht.

Berlin. Am 21. Juni fand in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20, eine Extra-Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Bericht des Vorstandes“, „Neuwahl desselben“, „Bericht des Kameraden Stehr über die Einigungsversuche der beiden hier am Orte bestehenden Organisationen“ und „Verschiedenes“. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ließ ein Antrag ein, den dritten Punkt vorweg zu nehmen, was auch geschah. Statt des Kameraden Stehr erstattete Lehmann, Mitglied der Lokalvereinigung, Bericht über

die gepflogenen Verhandlungen. Er, Redner, habe im Anfang den beabsichtigten Einigungsversuchen wenig Werth beigelegt, weil er sich nichts davon versprach. Da die Sache aber jetzt von beiden Seiten wirklich ernstlich in die Hand genommen worden sei, gebe er sich der Hoffnung hin, daß doch etwas dabei herauskomme. Die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen zur Einigung der beiden Organisationen; es dürfe unter allen Umständen nur eine am Orte bestehen. Redner zitierte sodann zwei der von Seiten der Zentralisten gestellten Einigungsanträge, erstens: die Beiträge auf gleicher Höhe zu normieren; zweitens: die freie Vereinigung aufzulösen und zum Verband überzutreten, und bemerkte hierzu, daß beide Vorschläge für ihn undiskutabel resp. undurchführbar seien. Zu empfehlen sei nur sein Vorschlag, welcher besage: Beide Organisationen haben sich aufzulösen und an deren Stelle einen Verband der Zimmerer Berlins und 45 Meilen im Umkreis liegenden Ortschaften zu gründen, als dessen geistige Speise das Organ des Verbandes der Zimmerer Deutschlands anzuerkennen sei. Diesem Vorschlag stellte Redner einen weiteren von Seiten der Verbandsmitglieder gestellten Antrag entgegen, welcher lautete: Die beiden Organisationen zu vereinigen und eine Person zwecks Leitung des Ganzen zu befordern, wozu die Hauptkasse des Verbandes jährlich M. 800 beitragen müßte. Dieser Vorschlag sei ebenso wie die beiden ersteren für ihn nicht diskutierbar. Ein vierter seitens der zentralen Richtung gemachter Vorschlag, einen Verband für die Provinz Brandenburg zu gründen, mit obligatorischer Einführung des „Zimmerer“, habe nicht einmal die Vertretung aller Stimmen der Zentralisten in der Kommission hinter sich, und wolle er deshalb nicht weiter darauf eingehen. Redner bat zum Schluß beide Parteien, etwas nachzugeben, nur dann könne eine Einigung erzielt werden. In der Diskussion empfahl Reuter zunächst die Gründung eines Provinzialverbandes, während Nidert entschieden vor einem solchen Schritt warnte. Der Verband habe in Berlin bereits bedeutend zugenommen an Mitgliederzahl, und dem Vorschlage zustimmen, hieße Alles mit einem Schläge vernichten. Die obligatorische Einführung des „Zimmerer“, wie es geplant werde, würde nicht lange Stand halten, da letzterer zu diesem Fortschrittswert unmöglich schweigen könne und nehme der Streit dann erst recht kein Ende. Sei es den Anhängern der Lokalvereinigung unmöglich, sich von ihrer Organisation loszusagen, so hätten die Mitglieder des Verbandes erst recht keine Veranlassung, sich von ihrer Organisation abzuweichen. Diesen Ausführungen schlossen sich Window und Peterleit an. Letzterer meinte, alle Kompromißversuche seien zu verwerfen, da man doch nicht dagegen gehandelt sei, daß nachher ein Maurod (Maurer) oder Lehmann herbeikäme und Protestversammlungen einberufe, wie es nach dem Gothaer Kongreß geschah. Unter allen Umständen seien die Beschlüsse des Halberstädter Kongresses hochzuhalten. Weiß bescheinigte die geplante Organisationsform als ein Zwitterding und ersuchte die Anwesenden, sich die Sache wohl zu überlegen. Nachdem noch Böhm darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die freie Vereinigung soeben beschlossen habe, mit den übrigen Kameraden Deutschlands nichts zu thun haben zu wollen, erhielt Schrader-Hamburg das Wort. Letzterer bemerkte, daß er nicht gekommen sei, die Berliner Mitglieder zu beeinflussen, aber dennoch halte er es für seine Pflicht, sich ein paar Worte hierzu zu erlauben. Würde ein derartiger Verband für die Provinz Brandenburg gegründet werden, so würde der „Zimmerer“ hierzu nicht schweigen können und der Streit erst recht entbrennen. Nach seiner Ueberzeugung sei auch der größte Theil der Berliner Verbandsmitglieder garnicht für einen derartigen Vorschlag zu haben, und erst recht würden sich die Zahlstellen der Provinz Brandenburg einen solchen Schritt zweimal überlegen. Redner streifte sodann den so häufig gebrauchten Wortschwall: „Wir sind selbst majoren, was brauchen wir unser Geld nach Hamburg zu schicken, daß können wir selbst verwalten.“ Die Hamburger hätten seinerzeit ihr Geld anstandslos nach Berlin geschickt, bis der Sitz auf Antrag des Lokalverbandes Berlin nach Hamburg verlegt wurde. Alle derartigen Ausreden und Einwendungen entbehrten einer festen Grundlage, und eruchte Redner, sich die Sache reiflich zu überlegen. Nachdem noch Weber das jegliche mißliebige Verhältnis zwischen beiden Organisationen hinsichtlich des Sammelwefens vor Augen geführt, gab Geffrois-Dresden zu bedenken, daß es doch jetzt wahrhaftig etwas Besseres und Ehleres zu thun gebe, als sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wenn der Neunhunderttag wirklich am Orte erreicht werden solle, so müßten zunächst Alle dem Verband beitreten. Wenn Lehmann hierfür nicht zu haben sei, dann möge er Gründe anführen. Redner glaubt, sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß innerhalb eines Jahres auch die Anhänger der lokalen Richtung sich eines Besseren besonnen hätten und Alle zum Verband übertreten würden. Auch Leonhardt ersuchte, sich nicht beirren zu lassen, sondern nur die Zentralisation im Auge zu halten, während Kube-Charlottenburg meinte, die Frage bedürfe der Erwägung; beide Parteien müßten nachgeben. Nachdem sodann noch Lehmann Klage erhoben, daß Nidert persönlich geworden sei, ferner Obst im Sinne des Ersteren noch einige Worte verloren, forderten Grufe und Buschke noch einmal auf, die Zentralvereinigung hochzuhalten. Auf die Versicherung Obst's, der „Zimmerer“ könne auch den Bezug nicht fernhalten, entgegnete Schrader, daß er recht viel dazu beitrage; während der beabsichtigte Provinzialverband hierzu erst garnicht im Stande sei, da der Hauptzug aus Schließen und Posen komme. Zu einem endgültigen Beschluß kam es nicht; vielmehr wurde beschlossen, die Verhandlungen

fortzusetzen und den Hauptvorstand mit hinzuzuziehen. Wegen vorgerückter Zeit wurden die ersten Punkte von der Tagesordnung abgeseht, worauf der Vorsitzende noch ersuchte, sich fleißig in die Wählerlisten zur Gewerbegerichts-wahl einzutragen zu lassen. Ferner beschloß man, die Versammlungen künftig in den „Arminhallen“ abzuhalten, und zwar jeden zweiten Sonntag im Monat. Zur Feier des am 15. August stattfindenden Stiftungsfestes wurden sodann noch Window, Nidert, Kube, Kepske, Fürge und Jenckh in das Fescomité gewählt, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Deinemhorst. Am 27. Juni fand unsere Generalversammlung statt mit folgender Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, Vertrieb der Extramarken, Verschiedenes. In den Vorstand wurden G. Wosten als erster, J. Günne-mann als zweiter Vorsitzender, V. Schwarting als erster, A. Glander als zweiter Kassierer, B. Denker als erster, J. Schröder als zweiter Schriftführer, sowie S. Wölltjen und A. Wählmann als Revisoren gewählt. Der Vertrieb der Extramarken wurde dahin geregelt, daß die jetzt in Arbeit stehenden Kameraden verpflichtet sind, eine 30 M- und 20 M-Markte zu kaufen, außerdem haben solche, welche schon im Monat Januar und Februar in Arbeit standen, für diese Zeit noch Extramarken zu kaufen. Im „Verschiedenes“ wurde vom Kartelldelegirten berichtet, daß das hier abgehaltene Gewerkschaftsfest einen Ueberschuß von M. 500 ergeben habe. Vom Vorsitzenden wurde sodann die Mittheilung gemacht, daß die Klagesache der beiden Kameraden, welche hier vom Amtsgesicht als unbegründet abgewiesen, jetzt zur Weiterführung derselben dem Rechtsanwalt Möhring in Oldenburg übertragen sei. Nachdem noch ein Brief der Zahlstelle Brinkum verlesen, worin wir zur Einweihung ihres neuen Vereins-Lokal's eingeladen werden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. Am Freitag, den 26. v. M., tagte hier eine von ca. 500 Mann besuchte öffentliche Zimmerer-Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die diesjährigen Lohnkämpfe im Zimmergewerbe und wie sind die Ertrungenschaften zu erhalten. 2. Gewerkschaftliches. Als Referent zu Punkt 1 war Kamerad Kuhlmann aus München anwesend, welcher in verständlicher Weise nachzuweisen suchte, daß alle in diesem Jahre stattgehabten Lohnkämpfe der Zimmerer Deutschlands der schlechten wirtschaftlichen Lage, in der wir leben, zuschreiben seien. Da aber unsere Arbeitgeber fest zusammenhalten, und vereint die Forderungen der Zimmerer zurück zu weisen bestrebt sind, und wenn sie noch so gerecht und gering erscheinen, so sei es auch unsere Pflicht, zusammen zu stehen; ohne den Verband wären die Kameraden verschiedener Städte nicht in der Lage gewesen, ihrer Forderung Geltung zu verschaffen. Wo dieses aber geschehen ist, können trotzdem nicht die Hände in den Schooß gelegt werden, sondern zur Erhaltung des Ertrungens sei es erst recht nöthig, der Organisation anzugehören, um gegebenen Falls jeden Schlag, welchen das Unternehmertum gegen uns zu führen plant, pariren zu können. Reicher Beifall lohnte den fast einstündigen Vortrag. In der Diskussion, an welcher sich Hein und Geffrois beteiligten, ging Letzterer an der Hand der vom Referenten gemachten Ausführungen auf unsere diesjährige Lohnbewegung ein und zeigte, daß hier nicht nur durch den starken Zugang von ca. 70 pSt. der Bauarbeiter andere Verhältnisse wie in den meisten deutschen Städten am Plage seien, sondern auch von den unteren und oberen Behörden uns Schwierigkeiten bei etwaigen Lohnaufbesserungen in viel stärkerem Maße bereitet würden. Als der Redner die Rechts-sprüche, welche hinsichtlich des Koalitionsrechts gegen die Arbeitnehmer in letzterer Zeit an den Tag gelegt wurden, berührte, hielt es der überwachende Beamte für „nöthig“, den Redner auf die Tagesordnung aufmerksam zu machen, aber in ruhiger Fassung gab der Vortragende seiner Meinung Ausdruck, wofür ihm seitens der Anwesenden rauschender Beifall gegolgt wurde, was nur zu gut das Einverständnis der Versammlung mit den gemachten Ausführungen erkennen ließ. Nachdem sodann noch verschiedene Uebelstände auf den Bauten unter den Kameraden gerügt und dem Vertrauensmann zur näheren Untersuchung überwiesen worden waren, beschloß man, die Dresdner Gewerbe-Ausstellung insgesamt zu besuchen, da sich der Preis des Eintritts bei 50 Personen von 50 auf 30 M. rebuzirt; mit Beschaffung der Karten wurde Geffrois beauftragt und soll der Besuchstag bekannt gemacht werden.

Eisenach. Am Freitag, den 3. Juli, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge erhoben worden waren, ernannte Hill die neugewählten Vorstandsmitglieder, sich auch ihres Amtes würdig zu zeigen und thätig für unsere Sache zu arbeiten. Gleichzeitig machte er bekannt, daß am 17. Juli eine öffentliche Zimmererverversammlung stattfinden, in welcher Kamerad Kuhlmann referiren werde. Es wurde dann über die Ueberstundenarbeit gesprochen, da z. B. bei dem Unternehmer Ortpey noch von Morgens 4 Uhr bis Abends 8 bis 9 Uhr gearbeitet würde; es sollten doch die Verbandskameraden dahin wirken, daß dieser Uebelstand beseitigt würde. Hierauf wurde beschlossen, am Sonntag, den 19. Juli, einen Ausflug zu machen über die Höhe Sonne nach Ruhla. Angetreten soll werden um 9 Uhr Morgens am Frankfurter Thor.

Deilbronn. Am 28. Juni fand in Nedargartach eine Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende über Zweck und Nutzen der Organisation referirte. Die Ertrungenschaften dieses Jahres in den Bereich seiner Betrachtungen ziehend, kommt Redner zu dem Schluß, daß eine Organisation durchaus notwendig, und erucht, durch rege Agitation immer neue Mitglieder für den Verband anzuwerben. Hierauf

führte auch Genosse Schweikert noch Einiges aus über den Zweck unserer Organisation, indem er die Vortheile der Reihe nach aufzählte. Es sei absolute Pflicht, unsere Organisation nach besten Kräften zu fördern; wir müßten bestrebt sein, die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Ueberproduktion zu vermindern, denn je länger die Arbeitszeit, desto mehr braucht man Arbeitskräfte, wodurch die Arbeitslosigkeit vermindert würde. Redner spricht sodann über die verschiedenen Organisationen im In- und Ausland, hauptsächlich über unsere Zentral-organisation. Die Unternehmer wußten recht gut, daß hier der Hafen ligt, da sie sich ganz genau bewußt sind, was man durch eine gute und starke Organisation im Stande sei zu leisten. Genosse Weller, Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Nedargartach, spricht über das Zusammenhalten der Arbeiter im Allgemeinen. Es sei auch notwendig, um bei den kommunalen Wahlen ebenfalls über die Gemeindefachen mitzusprechen. Genosse Schweikert erwiderte darauf, daß wir organisierte Arbeiter in erster Linie im Auge zu behalten hätten, unsere materielle Lage zu verbessern, die Politik natürlich auch nicht außer Acht lassen dürften, damit auch auf dem Wege der Gesetzgebung von unserer Seite aus mitgeholfen werde. Nachdem sodann noch Wiedermann über den Ausschuß der Maschinen gegenüber der Handarbeit Einiges erwähnt, erfolgte mit einem Appell an die Anwesenden, sich Mann für Mann dem Verbands deutscher Zimmerer anzuschließen, Schluß der Versammlung.

Lehe-Geestemünde. Am 13. Juni hielt unsere Zahlstelle im Lokale des Herrn J. Friede, Geestemünde, eine Generalversammlung ab, mit der Tagesordnung: „Vorstandswahl und Verschiedenes“. Nach Berlesung des Protokolls von der vorherigen Versammlung, welches von den Mitgliedern für richtig anerkannt wurde, wählte man folgende Personen in den Vorstand: H. Wädger, erster Vorsitzender; H. Kühnfall, zweiter Vorsitzender; Th. Behrends, erster Kassierer; D. Nehls, zweiter Kassierer; B. Klun, erster Schriftführer; W. Cramer, zweiter Schriftführer; ferner als Revisoren: A. Lührs und J. Appelmann (Th. Behrends hat seinen Posten als erster Kassierer vom 1. Juli ab anzutreten). Im „Verschiedenes“ kam zuerst die Angelegenheit Fischer's wiederum zur Sprache. (Fischer war mehrere Jahre erster Kassierer unserer Zahlstelle; nun wurde bei ihm bei der letzten Abrechnung ein Fehlbetrag von M. 135 in der Kasse vorgefunden; Fischer hat sich aber in einer Vorstandssitzung schriftlich erklärt, dieses Geld wieder zu ersetzen, wann und in wie viel Raten, würde er dem Vorstand resp. der Versammlung überlassen.) Obige Angelegenheit verursachte eine rege Diskussion, weil K. Fischer nebenbei wiederum nicht in der Versammlung anwesend war. Folgender Antrag hierzu fand schließlich Annahme: „Die Angelegenheit Fischer's ist bis zur nächsten Versammlung zurückzustellen, dann aber endgültig zu erledigen, ob Benannter anwesend ist oder nicht.“ Sodann wurde die Platzperre über die Schmidt'schen Arbeiten am Hasenbau in Bremerhaven in Erwägung gezogen. Viele waren der Meinung, dort sei die Platzperre aufgehoben; das sei jedoch nicht der Fall. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Platzperre über das Baugeschäft von Schmidt (Altona) im „Zimmerer“ bekannt zu machen. Ueber mehrere andere Plätze, wo die Ueberstunden richtig obligatorisch eingeführt sind, wurde ebenfalls diskutiert und darauf hingewiesen, die Ueberstundenarbeit dort so viel wie möglich zu unterlassen, denn es lägen noch viele Arbeits-lose auf der Landstraße, welche auch gerne arbeiten möchten. Zum Schluß ersuchte H. Wädger diejenigen, welche noch kein Fahnenfondsgeld abgeliefert hätten, diesem so bald wie möglich nachzukommen, weil in diesen Tagen die Fahne jedenfalls eintreffen werde. (In einer Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, für die Zahlstelle Lehe-Geestemünde und Umgegend eine neue Fahne anzuschaffen. Hierzu hat jedes hier ansässige und zureisende Mitglied mindestens M. 1 zu zahlen. D. Schriftf.) Nachdem vom Vorsitzenden noch erucht worden war, auch an dem Kauf von Streikmarken zu denken, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Matuz. Eine öffentliche Zimmererverversammlung fand am 28. Juni, Vormittags, im „Denfel“ unter starker Theilnahme statt. Nach einem beifällig aufgenommenen Referate über den Zweck und die Nützlichkeit der Organisation und daß nur mittelst dieser bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden könnten, wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Zum Schluß wurde ein Delegirter zum Gewerkschaftskartell gewählt. Mittheilen wollen wir noch, daß die junge Organisation bereits 70 Mitglieder zählt, und ist begründete Hoffnung vorhanden, daß dieselbe noch bedeutend an Mitgliederzahl zunehmen wird.

Mannheim. Am 28. Juni tagte unsere Mitglieder-versammlung, welche leider nur schwach besucht war. Nachdem die Beiträge erhoben und einige neue Mitglieder aufgenommen worden, schritt man zur Vorstandswahl. Zuvor führte der Vorsitzende noch aus, vorläufig auf eine eventuelle Wiederwahl verzichteten zu müssen, wozu ihn verschiedene Gründe veranlaßten. Nach längerer Debatte wurde dann Kamerad Springer als erster Vorsitzender gewählt. Kamerad Heß ernannte hierauf die Anwesenden, den nunmehrigen Vorsitzenden in seiner Arbeit als solchen zu unterstützen, damit dem Vorstande nicht wieder von Einzelnen Unterschiebungen gemacht würden. Zum 3. Punkt erstattete Kamerad Bühler über die Thätigkeit der Delegirten einen ziemlich ausführlichen Bericht und wies zum Schluß nochmals auf das Sommerfest der Gewerkschaften hin. Redner ersucht die Anwesenden, recht zahlreich daran Theil zu nehmen.

Memel. Am Sonntag, den 28. Juni, Nachmittags 4 Uhr, fand im Lokale des Herrn Weiße eine öffentliche Zimmererverversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Das jetzt bestehende Koalitionsrecht. Wie erreichen wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen? Die diesjährige Lohnbewegung resp. Lohnkämpfe im Zimmergewerbe und wie sind die Errungenschaften zu erhalten? Diskussion. Verschiedenes.“ Zunächst erhielt Kamerad Mikuczinski aus Thorn das Wort. In seinem einflussigen Vortrage beleuchtete Redner den § 153 der Gewerbeordnung und wies darauf hin, daß das Recht der Arbeiter, sich bessere Löhne zu erkämpfen, nur auf dem Papier stände. Organisieren sich die Arbeiter, so legt man ihnen von Seiten der Behörde so viel Schranken in den Weg, daß es ihnen schwer oder häufig unmöglich wird, von dem gesetzlich niedergelegten Rechte Gebrauch zu machen. Als Beispiel führte der Referent den Danziger Zimmererstreik an, bei welchem die Danziger Meister nach allen umliegenden Städten an die dortigen Meister schwarze Listen sandten, damit sie keine der Danziger Streitenden in Arbeit nahmen. In Thorn hatten sie kein Glück; zum Theil wurden den dort Zugewanderten von den organisierten Zimmerern Arbeit verschafft und Solche, die keine Arbeit erhielten, bekamen Reisegeld zur Weiterreise. Häute der Danziger Altgenossen nicht den Fehler begangen und die Arbeit mit den 25 Mann aufgenommen, so hätten sie sicher gesiegt. Nachdem der Referent das jetzige Schulwesen, das Alters- und Invaliditäts-Gesetz einer eingehenden Kritik unterzogen hatte, forderte er die Anwesenden auf, ein Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung auszubringen, in welches die Versammelten begeistert einstimmen. Hierauf wurden die hiesigen Zustände im Zimmergewerbe einer eingehenden Erörterung unterzogen: z. B. hält sich ein Unternehmer nicht mehr als 20 Lehrlinge. Daß in diesem Falle von einem Ausbilden des Lernenden keine Rede sein kann, wird Jedem einleuchten. Aber das Unternehmertum bezweckt auch weiter nichts als eine Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskräfte. Ein weiterer Mißstand hierorts liegt darin, daß man sogar Gefangene zu Zimmerarbeiten verwendet. Der steuerzahlende Zimmermann wundert sich darüber, aber der Einzelne kann dagegen nichts machen. Hierzu gehört eben der Zusammenhalt, die Vereinigung der einzelnen Kräfte zu einer diese Zustände beseitigenden Organisation. Nachdem sodann Kamerad Schütz die Versammelten darauf hingewiesen hatte, daß wir uns Alle dem Verbands anschließen müßten, um das zu erhalten, was wir im Jahre 1889 erkämpft haben, wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute hier tagende Zimmererverversammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und verpflichten sich alle Anwesenden, dem Verbands der Zimmerer treu zu bleiben, und die noch Fernstehenden, demselben beizutreten.“ Es ließen sich 5 Kameraden in den Verband aufnehmen, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Münberg. Sonntag, den 28. Juni, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Bericht über die Gewerkschaften. Vorsitzender Fleischmann gab kurz den Bericht; es wurden an die hiesigen Gewerkschaften sehr oft Anforderungen zwecks Streikunterstützung von auswärtigen Städten an hiesige Gewerkschaften gestellt. Viele Gesuche mußten deswegen abgewiesen werden, weil die Nachsuchenden nicht einmal organisiert waren. Hierauf wurde beschlossen, Mitte September unser 2. Stiftungsfest abzuhalten, zu welchem die Mitglieder freien Zutritt haben. Die Lokalfrage überließ man der Verwaltung. Ferner beschloß man, daß Anträge zur Generalversammlung spätestens bis Sonntag, den 12. Juli, Vormittags 9 Uhr, eingereicht sein müssen, wenn sie noch verhandelt werden sollen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, die Generalversammlung zahlreich zu besuchen.

Stettin. Am Dienstag, den 23. Juni, fand bei Suder in Torney unsere regelmäßige Monatsversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. In den Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt: Richard Krause; erster Vorsitzender, G. Kosty, zweiter Vorsitzender; Wilhelm Wendt, erster Kassierer; Robert Nehlz, zweiter Kassierer; Wilhelm Bartel, erster Schriftführer; H. Dittmer und Karl Michaelis als Revisoren, A. Dinse und Karl Piepenhagen als Kontrolleure. Da der Bibliothekar zum zweiten Kassierer gewählt worden ist, mußte eine Neuwahl vorgenommen werden und wurde Kamerad E. Fischer zum Bibliothekar gewählt. Ueber die Mitglieder Hermann Bötz, Alb. Goldmund und Robert Bühlendorf, welche die Interessen unseres Verbandes absichtlich geschädigt haben (Ersterer ist in einem hiesigen Baugeschäft als Polier „thätig“ und suchte bei dieser „Thätigkeit“ den Lohn der Gesellen herabzudrücken, die Letzteren arbeiten auf gesperrten Plätzen), entspann sich eine lebhaftere Debatte und wurde schließlich ein Antrag, diese Mitglieder aus dem Verbands auszuschließen, einstimmig angenommen. Zum Kolporteur für Bredow wurde Kamerad Duchow gewählt. Betreffs unseres Sommervergägens, welches am 12. Juli im Messenthiner Schützenhause stattfindet, wurde das Entree auf M. 1,50 für Mitglieder und Fremde, und 50 $\frac{1}{2}$ für jede zweite Dame festgesetzt, das Weitere dem Vergnügungsausschuss überlassen. Die Versammlung erklärte sich einverstanden, daß die Kameraden einem Arbeitgeber erklären, keine Affordarbeit zu verrichten, da laut unserem Statut und unserem Lohnvertrag überhaupt nicht Afford gearbeitet werden darf. Ein Antrag, daß die Kameraden den § 6 unseres Statuts in Betreff der Affordarbeit hochhalten, wurde einstimmig angenommen. Die kombinierte Vorstandssitzung findet am Donnerstag, den 16. Juli, und die Versammlung am Donnerstag, den

21. Juli, im Lokale des Herrn Herrath, Neue Brauerei, Grünhof, statt.

Stuttgart. Am 2. Juli fand hier eine öffentliche Zimmererverversammlung statt, in welcher Kamerad Bringmann aus Hamburg über das Thema: „Wie sichern wir unsere diesjährigen Errungenschaften?“ referierte. Redner wies an der Hand einer umfangreichen Statistik nach, daß dort, wo die Arbeitszeit eine kürzere, die Löhne die höchsten, während an Orten, wo 10, 11, selbst 12 und noch mehr Stunden gearbeitet werde, die Löhne am niedrigsten seien. Die Forderung nach höherem Lohn und kürzerer Arbeitszeit habe schon schwere Kämpfe gekostet. Die Organisation sei dem Unternehmertum ein Dorn im Auge, weil sie ihnen den Profit schmälere; daher scheuen sie sich auch nicht, alle Hebel in Bewegung zu setzen und zu versuchen, die Organisation der Arbeiter zu unterdrücken. Sämtliche Forderungen für kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn seien noch nie zu hoch gestellt. (Den weiteren Text des Vortrages siehe unter Verammlungsbericht von Freiburg in voriger Nummer. D. Red.) Sich seiner Aufgabe in vorzüglichster Weise entledigend, kommt Redner zu dem Schluß, daß das einzige Mittel, etwas für die Besserstellung des Arbeiters zu thun, die Organisation sei; mit der Aufforderung, daß sich ein Jeder dem Verband anschließen, hatte somit der Vortrag sein Ende erreicht. Hierauf stellte zum zweiten Punkt der Tagesordnung ein Kamerad den Antrag, man möge an den Feiertagen ebenso wie an den Sonnabenden um 6 Uhr Feierabend machen, was jedoch abgelehnt wurde.

Regesack. Am 5. Juli fand unsere Mitgliederversammlung im „Thüringer Hof“ statt. Es handelte sich zunächst um das Gewerkschaftsfest. Da festgesetzt war, dieses am 19. Juli abzuhalten, ist uns die Behörde in's Spiel gekommen, indem sie uns allerhand in den Weg legte, was von dem Berichterstatter stark kritisiert wurde. Redner glaubte sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß das besagte Fest trotzdem noch zu Stande käme. Es wurden hierauf 3 Kameraden aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen, da sie nach ihrem Eintritt sich noch in keiner Versammlung haben sehen lassen. Nach Erledigung einiger unwesentlicher Angelegenheiten erfolgte mit einem Hoch auf das Gedeihen des Verbandes Schluß der Versammlung.

Wiesbaden. Die hiesige Zahlstelle hielt am 13. Juni eine Versammlung ab, zu welcher Kamerad Bringmann-Hamburg als Referent erschienen war. „Wie kann die Lage der Zimmerer verbessert werden?“ lautete die Tagesordnung. Der Redner führte zunächst den Nutzen des Verbandes vor Augen, denn nur einzig und allein kann durch festes Zusammenhalten der Kameraden der Verband hochgehalten und gestärkt werden, habe aber der Verband als Organisation eine angemessene Stärke erreicht, so sei er auch im Stande, Erhebliches zu erringen. Beweis dafür sei, daß überall dort, wo eine Organisation bestehe, auch die Löhne die höchsten resp. das Arbeitsverhältnis überhaupt das günstigste sei. Eine gut geschulte Organisation, deren Mitglieder sich der Aufgabe bewußt sind, wofür sie zu kämpfen haben, sei wohl im Stande, eine Besserung der gewerblichen Lage für die Arbeiter herbeizuführen. Nimmt man aber eine Statistik zur Hand, so muß man leider die Wahrnehmung machen, daß noch eine große Mehrzahl dem alten Schlandrian verfallen ist und der Vereinigung ihrer Kollegen fernsteht. Gerade dieses sei zunächst unsere Aufgabe, die noch Fernstehenden heranzuziehen, um dann vereint an's Werk gehen zu können, die Lage des Zimmerers zu einer besseren zu gestalten. Die einzelnen Mißstände im Zimmerergewerbe in kurzen Zügen streifend, schloß der Referent seinen wohl gelungenen Vortrag, wofür ihm reichlicher Beifall zu Theil wurde.

Krankenkasse.

Berlin. Eine Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer, örtliche Verwaltung Berlin, tagte am 15. Juni in Cohn's Festsaal mit der Fortsetzung der Tagesordnung der letzten Generalversammlung: 1. Gründung einer Filiale für den Stadttheil Wedding-Gesundbrunnen. 2. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. Im ersten Punkt wurde von Seiten Leonhardt's auf die Nothwendigkeit der neu zu gründenden Filiale hingewiesen. Dem wurde von Knüpper und Mikert widersprochen. Nach längerer Diskussion wurde mit kleiner Majorität beschlossen, obige Zahlstelle zu gründen. Sodann erstattete der Vorsitzende Gruse zur Zufriedenheit der Versammlung Bericht über die bisherige Thätigkeit des Vorstandes. Ein vom Schriftführer Hoffmann ausgearbeiteter Rechenschaftsbericht über die Zeit vom 1. Januar 1894 bis 30. Juni 1896 wies besonders auf die abgehaltenen Sitzungen und Generalversammlungen hin. Von ersteren fanden 32, von letzteren 13 statt. In diesen Sitzungen fanden, außer den in jedem Quartal vorliegenden interneren Angelegenheiten, der Klasse verschiedene Beschwerden einzelner Mitglieder ihre Erledigung. So wurde unter Anderem eine Beschwerde erhoben gegen die Verweigerung des Krankengeldes während der Weihnachtsfeiertage und des Bußtages. Zu deren Erledigung resp. Untersuchung wurde der Vorstand beauftragt, in dieser Versammlung Bericht zu erstatten. Letzterer gab folgendes Resultat der Untersuchung zur Kenntniß: „Der pp. Engler war vom 23. November bis 28. Dezember 1894 im Krankenhause. Für den 29. Dezember erhielt selbiger M. 2 Krankengeld. Ferner sind für die fünf Tage vom 24. bis 28. Dezember selbigen Jahres an Frau Engler M. 3,75 Unterstützung gezahlt worden laut § 11 des Statuts. Laut Bücher und Beläge wurde Obiges erwiesen. Gleichfalls haben Bücher und Beläge für das

Jahr 1895/96 ergeben, daß Engler für seinen Unfall vom 4. November 1895 bis 1. Februar 1896, also volle 13 Wochen, à M. 12 Krankengeld erhalten hat. Sämtliche Beläge sind mit Unterschrift versehen. Engler, welchen man schriftlich eingeladen hatte, war nicht erschienen. Ueber diese Verleumdung größtlicher Art, welche sich gegen eine bis dahin ehrlich dastehende Person, Kassierer des 3. Bezirks, richtete, sprach die Versammlung ihre vollste Entrüstung aus und beschloß daraufhin einstimmig, diese von Engler an den Kassierer Zippke ausgesprochene Verleumdung im „Vorwärts“, sowie im Publikationsorgan, dem „Zimmerer“, zu berichtigen. Hierauf wurden folgende Personen in den Vorstand gewählt: Gruse als Vorsitzender, Kresmer als Schriftführer, als Kassierer für den 1. Bezirk Paulsch, 2. Bezirk Hilgenfeld, 3. Bezirk Hoffmann, 4. Bezirk Guttheil, 5. Bezirk Zepke und für den 6. Bezirk Klewe, ferner für den neuerrichteten 7. Bezirk Schumann. Zu Kontrolleuren wurden Knus und Sabrowski gewählt, worauf Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung erfolgte.

Baugewerbliches.

Wer liefert die billigsten Arbeiterknochen. Der Rittergutsbesitzer Bach in Breitenfeld stellte an den Pfarrer F. und den Lehrer B. in Wahren das Verlangen, auf acht Tage die Kinder, die bei ihm Hüben ziehen wollten, Nachmittags vom Schulunterricht zu entbinden, wurde aber abgewiesen. Nun wandte sich Bach an den Schulvorstand in Wahren und versprach, jedem Kinde pro Nachmittag 50 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Es wurde seinem Wunsche entsprochen und die Kinder, die sich freiwillig dazu erboten, vom Nachmittagsunterricht auf acht Tage dispensirt. Dies wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Schulausschusses, Pfarrer F., den Lehrern mitgetheilt. Auf deren Fragen meldeten sich am Mittwoch, den 10. Juni, 37 Schulkinder verschiedenen Alters und Geschlechts. Die Kinder wurden kurz nach 12 Uhr Mittags mit einem Kastenwagen von Wahren abgeholt und Abends wieder nach Wahren gefahren, wo sie gegen $\frac{1}{2}$ 9 Uhr Abends wieder eintrafen. In Breitenfeld erfahren die jugendlichen Arbeiter bald, daß die 50 $\frac{1}{2}$ Lohn nur bedingungsweise gelten sollten, denn Herr Bach theilte ihnen mit, wer zwei Zeilen zu machen übernimmt, erhält 50 $\frac{1}{2}$, wer weniger übernimmt, kann nicht 50 $\frac{1}{2}$ bekommen. Die Kinder, die nicht pünktlich um 2 Uhr in Breitenfeld waren, durften erst um 3 Uhr zu arbeiten anfangen, und erhielten dann nur $\frac{1}{4}$ Tagelohn, gleich 25 $\frac{1}{2}$. Am Sonnabend, den 13. Juni, als die Kinder wieder mittelst Wagens nach Breitenfeld geholt wurden, löste sich auf der Fahrt durch Lindenthal eine an der Seite des Wagens angebrachte Klappe, an der der Schulhabe Bachmann mit dem Rücken lehnte, so daß Bachmann aus dem Wagen fiel und von dem einen Hinterrad überfahren wurde. Das Rad war ihm über die Brust gegangen. Bachmann erlitt Quetschungen an der Brust und Verletzungen am Knie, an deren Folgen er bettlägerig ist. Der zufällig den Ort passierende Dr. med. P. brachte dem Knaben die erste Hilfe, worauf Bachmann von anderen Knaben nach Hause geschafft wurde. Dadurch gelangten die Kinder erst später nach Breitenfeld, wo ihnen die veräumelte Zeit am Lohne gezahlt wurde, so daß sie nur 25 $\frac{1}{2}$ erhielten. Obgleich ihnen Sonnabend Abends $\frac{1}{4}$ Tagelohn zurückbehalten war, gingen die Kinder insolge des Unfalles am Montag Nachmittag nicht wieder zum Hübenziehen. Erst am Sonnabend erhielten die Kinder den zurückbehaltenen Lohn von 25 $\frac{1}{2}$ ausgezahlt. — So setzen schon die Kinder für wenige Pfennige Lohn für die Unternehmer Gesundheit und Leben auf's Spiel.

Wer darf sich das Prädikat „Wertmeister“ beilegen? Angehörige des Bauwesens dürfte ein heute verkündetes Urtheil der Strafkammer interessieren, wonach nur solche Baukundige, welche die Wertmeisterprüfung gemäß württembergischer Ministerialverfügung vom 3. Dezember 1874 erstanden haben, berechtigt sind, sich das Prädikat Wertmeister beizulegen. Bauunternehmer Schell von Ludwigsburg, der gegen eine Straferklärung des kgl. Obergerichts in Höhe von M. 5 gerichtliche Entscheidung beantragt hatte, wurde nämlich vom Schöffengericht zu M. 1 Geldstrafe verurtheilt und seine Berufung wurde nun von der Strafkammer kostenpflichtig verworfen.

Ueber einen Gerüstesturz in Kiel auf dem großen Kuhberg liegen folgende Einzelheiten vor. Der Kaufmann Wählerlich läßt dort seinen Waarenspeicher umbauen. Um die Bewohner des Nachbarhauses vor den herabfallenden Steinen zu schützen, war in der Höhe eines freistehenden Treppenaufbaues ein Schutzbach errichtet. Am Freitag, den 4. Juni Abends, hatte sich auf dem Bau ein Rombdy angefangen und trieb dort allerlei Unfug. Vom Treppenaufbaues Nachbarhauses aus betrat mehrere Personen das Schutzbach, um sich das Treiben des Betrunknen anzusehen. Sieben Menschen befanden sich dort; da brach das leichtgebauete Gerüst mit furchtbarem Getöse zusammen. Die Querbäume hoben die Mauer empor, und Steinmassen stürzten gleichzeitig herab. Die Steinmassen und Balkentrümmer begruben die unglücklichen Menschen, von denen vier schwere Verletzungen erlitten. Dem Arbeiter Schöff, einem 74jährigen Manne, wurden beide Beine gebrochen. Unter einem gewaltigen Mauerstück lag die 74jährige Frieda Maack, die sichtlich verstümmelt war, begraben. Der Bautechniker Handholz und der 14jährige Schulknabe Reger erlitten Handbrüche. Mehrere andere Personen, die unter dem Schutzbache standen, aber rechtzeitig bei Seite sprangen, erhielten durch herabstürzende Trümmer leichtere Verletzungen. Der schnell herbei-

eilenden Feuerwehr gelang es erst nach geraumer Zeit, die Verschütteten aus ihrer furchtbaren Lage zu befreien. Vier Schwerverletzte wurden in die akademischen Heilanstalten überführt, wo dem greisen Schiff beide Beine amputiert werden mußten. Das Gerücht, daß derselbe bereits gestorben sei, bestätigt sich nicht, doch ist leider der Zustand des Greises und der kleinen Maas hoffnungslos. Die Unglücksstätte bot heute ein Bild der Verwüstung. Der Staatsanwalt Stechow beaufsichtigte in Begleitung des Stadtbauraths den Ort.

Risiko der Bauarbeiter. Wilhelmshurg. In der Nacht zum Dienstag stürzten auf dem Kleinen Graßbrook beim Bau der Fassfabrik die Comtoirräumlichkeiten ein, wahrscheinlich infolge des anhaltenden Windes und des Regens, der das Mauerwerk erweicht hatte, wodurch ein Pfeiler im Innern nachgab. Verunglückt ist an demselben Bau am Dienstag ein Monteur, der aus dem dritten Stockwerk hinunterfiel und eine bedeutende Kopfverletzung davontrug.

Berlin. Am 28. Juni, Nachmittags, verunglückte auf dem Neubau Langenbeckstraße 5 der Maurer Köster. Er fiel bei der Arbeit durch eine Fensteröffnung auf den Kopf hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Hamburg. 7. Juli. Gestern Nachmittag brach an einem Neubau, der nahezu fertig, das Gerüst zusammen, infolge Einsturzes des Hauptgismes, welches auf das Gerüst fiel, und dieses war so leichtfertig gebaut, daß es den Druck nicht abhalten konnte. 7 Arbeiter sind dabei verunglückt; 2 sind todt, 2 schwer und 3 leichter verletzt. Hoffentlich arrangiren die Bauarbeiter Hamburgs nun endlich die Aktion, welche zur Beseitigung solcher scheußlichen Bauweise nothwendig ist.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Stettin. Die Lohnbewegung der Zimmerer hierorts ist bis jetzt zu Gunsten der Letzteren ausgefallen. Die meisten derjenigen Arbeitgeber, über deren Plätze die Sperre verhängt wurde, haben die Forderung später bewilligt; andererseits sind die Streikenden bis auf Wenige anderweitig in Arbeit getreten.

Wie uns jedoch vorige Woche berichtet wurde, ist nicht ausgeschlossen, daß es auf den Arbeitsplätzen von Sagenau und Fischer (Mitglieder des Meisterbundes) zu einem Ausstande kommt.

Die dort in Arbeit Stehenden beabsichtigen, am Sonnabend, den 4. d. M., mit der Forderung vorzutreten. Näherer Bericht hierüber lief bis Redaktionschluß nicht ein.

Wie schnell die Arbeitgeber oftmals ihre Ansichten ändern und wie die betreffenden Arbeiter infolgedessen der Launenhaftigkeit solcher Herren ausgesetzt sind, beweist deutlich wieder Herr Zimmermeister Oskar Peuder, Plözensee. Als die Zimmerer Berlins in diesem Frühjahr die bescheidene Anfrage an die Herren Arbeitgeber richteten, wie sie sich zu der neunstündigen Arbeitszeit stellten, sandte Herr Peuder am 14. März d. J. an die Lohnkommission folgendes Schreiben: „Ich bin seit zehn Jahren für neun- resp. achtkündige Arbeitszeit, zahle auch zunächst 55 \mathcal{M} pro Stunde Lohn, hoffentlich können Sie Beides während des Sommers festhalten. Ergebenst Oskar Peuder.“

Nachdem Herr Peuder seine dringenden Arbeiten fertiggestellt hatte, änderten sich schnell seine in obigem Schreiben ausgesprochenen Ansichten, und er bot nunmehr seinen Arbeitern 50 \mathcal{M} pro Stunde. Am Montag, also genau vier Wochen später, hat Herr Peuder seine angebliche Arbeiterfreundlichkeit aber vollständig abgepfeift, denn er verlangt, daß die Zimmerer auch wieder zehn Stunden arbeiteten. Hierauf legten die acht dort beschäftigten Zimmerer die Arbeit nieder. Wir eruchen deshalb unsere arbeitslosen Berufsgenossen, die Arbeit bei Herrn Peuder so lange zu meiden, bis derselbe sein einmal den Berliner Zimmerleuten gegebenes Wort einlöst. Die Lohnkommission der Zimmerer Berlins und Umgegend. J. A.: Theodor Fischer.

An die Zahlstellen der Provinz Schleswig-Holstein!

Den Zahlstellen zur Kenntniß, daß im Laufe der nächsten Woche ein vom Agitationskomité herausgegebenes Flugblatt zur Versendung gelangt, und wird ersucht, dieses Flugblatt hauptsächlich in den Bezirken zu verbreiten. Gleichzeitg wird auf den Beschluß des letzten Verbandstages aufmerksam gemacht, wonach zum 1. Juli und 1. Oktober die Berichte einzureichen sind.

Mit Gruß
das Agitationskomité der Provinz Schleswig-Holstein.
J. A.: C. Lewin.

Die Münchener Schieferdecker haben den Generalstreik aufgehoben und wird die Arbeit in denjenigen Geschäften, wo die Forderungen bewilligt sind, wieder aufgenommen.

Der Streik der Metallarbeiter bei Dürpopp & Komp. in Wien endete mit dem Siege der Arbeiter. Die Forderungen der Streikenden wurden insgesammt zugestanden.

Der Streik in der Pensberger'schen Wurstfabrik ist beendet. Eine Kommission von 3 Mann

stellte sich am 26. Juni, Vormittags, bei Herrn Pensberger vor, um anzufragen, ob den Einzleherrinnen und Politerinnen etwas bewilligt würde, was Herr Pensberger nicht zuzagen zu können versicherte und außerdem bereit zu viel Einzleherrinnen in der Fabrik arbeiten, daß er auf die Ausständigen verzichten könnte. Bei den Politerinnen will er später die Preise regeln. Alles andere bisher Zugelagte hält Pensberger aufrecht. Der Stimmung der Ausständigen war zu entnehmen, daß die Mehrzahl für Beendigung des Streiks sei und wurde mit 91 gegen 45 Stimmen demgemäß beschlossen und bestimmt, die Arbeit gemeinschaftlich am kommenden Dienstag früh aufzunehmen. Die Forderung der Arbeiterinnen auf 10 pZt. Lohnerhöhung konnte nicht mehr durchgesetzt werden. Zu Gute kommt denselben ebenfalls die errungene Verkürzung der Arbeitszeit und die Einrichtung eines Arbeiterauschusses und das Aushängen des Tarifs. Die Arbeiter haben in allen ihren Forderungen, wenn auch nicht Alles, so doch Annehmbares erreicht. Für die Zukunft wird es Aufgabe der Pensberger'schen Arbeiter sein, an den Errungenschaften festzuhalten, für alle Fälle gefeit zu sein und Mann für Mann fest und einig zur Organisation zu stehen.

Die Streikkommission.

Leipzig. In einer von etwa 1000 Personen besuchten Mauererversammlung wurde beschlossen, daß nur noch in bringenden Fällen, also bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mitmenschen, ferner Arbeiten in Fabriken, die während des Betriebes nicht ausgeführt werden können zc., Ueberstunden gemacht werden sollen. Für alle solche Ueberstunden soll ein Zuschlag von 33 1/3 pZt. gefordert und das den Bauunternehmern bekannt gegeben werden.

Der Mauererzustand in Berlin ist für beendet erklärt worden. Nach den in der Versammlung gemachten Mittheilungen haben 6700 Arbeiter auf 540 Bauten den Neunfundentag und 55 \mathcal{M} Stundenlohn bewilligt erhalten, während noch etwa 1100 Arbeiter täglich zehn Stunden arbeiten, jedoch durchgehends auf kleineren Bauten. Die Zahl der noch Ausständigen beträgt etwa 400.

Die Kohlenarbeiter in Lübeck sind zwecks Erzielung höherer Löhne in den Streik eingetreten.

Der Streik der Taschen- und Federmesser-Meider in Solingen dürfte noch längere Zeit andauern. Die Fabrikanten haben sich zwar bereit erklärt, mit den Arbeitern in Unterhandlung einzutreten, verlangen jedoch, daß die Meider den bekannten Zulag-Paragaphen anders formuliren sollen und, was das Schwerwiegendste für die Meider sein mag, sofortige Aufhebung des Streiks. In diesem Sinne fand gestern eine Verhandlung bei dem Herrn Landrath Dönhoff statt. Da die Stellung der Meider durch Annahme der Vorschläge des Fabrikanten-Vereins eine wesentlich schlechtere als vor dem Streik sein würde, so wird eine Beendigung des Streiks, so wünschenswerth dies auch für weitere Volkstreife sein mag, auf dieser Basis wohl nicht erfolgen. Andererseits erfahren wir noch, daß den Streikenden die Bewilligung von Geldmitteln seitens der Arbeiterschaft in Sheffield (England) in Aussicht gestellt worden sei.

Plauen. Zum Tischlerstreik ist zu melden, daß eine Versammlung selbstständiger Tischler die Forderungen der Gehülfen ablehnte. Die Theilnehmer verpflichteten sich bei einer Konventionalstrafe, an der Ablehnung festzuhalten. Dieser Beschluß wird Manchem übel bekommen.

Aus Mainz wird berichtet: Zwischen der Lohnkommission der Maurer und den Vertretern der Vereinigung der Bauunternehmer ist, vorbehaltlich der Genehmigung der beiderseitigen Versammlungen, folgende Vereinbarung zu Stande gekommen: 40 \mathcal{M} Stundenlohn für bessere Maurer und 30 \mathcal{M} Minimallohn für junge Maurer; wer einen Lohn von über 30 \mathcal{M} gehabt hat, erhält 2 \mathcal{M} die Stunde Zulage. Die Tagelöhner sollen demnächst aufgebessert werden. Die zehnstündige Arbeitszeit soll festgehalten werden, für Nachtarbeit und Sonntagsarbeit sollen 50 pZt. Zuschlag bezahlt werden. Die Lohnzahlung soll alle 14 Tage stattfinden, jedoch soll in der Zwischenwoche ein Vorschuß bis zu 3/4 des verdienten Lohnes gewährt werden. Diese Abmachung soll gelten bis zum 1. März 1897. Die für das kommende Frühjahr gestellten Forderungen von 45 \mathcal{M} Stundenlohn und 9 1/2 stündiger Arbeitszeit wurden abgelehnt.

Kulmbach. „Der Maurerstreik ist hier beendet, und zwar zu Gunsten der Arbeiter.“ meldete die Arbeiterpresse in trockenster Weise. Unter welchen alles Solidaritätsgefühl durchschneidenden Bedingungen die Streikenden laut Vereinbarungen mit einer Vertretung der Arbeitgeber, unter Weisem des kgl. Regierungsassessors Bring, die Arbeit wieder aufnahmen, dürfte den meisten Blättern kaum bekannt sein. Das Fachorgan der Maurer giebt in Nr. 27 hierüber Aufschluß, indem es dort am Schluß eines diesbezüglichen Berichtes heißt: „Nach mehr als zweistündiger Verhandlung einigten sich die Parteien auf folgende Punkte:

1. Vom 1. Januar 1897 ab tritt im Rayon der Stadt Kulmbach eine zehnstündige Arbeitszeit in Kraft.
2. Die hiesigen Baumeister verpflichten sich, vom 1. Juli 1896 an jedem ihrer Arbeiter, ohne Unterschied, mindestens 20 \mathcal{M} zum Tagelohn zuzulegen, behalten sich

jedoch vor, die Tagelöhne der tüchtigen Arbeiter bis zu 30 \mathcal{M} zu erhöhen.

3. Die Arbeitnehmer sind damit einverstanden, daß drei ihrer Genossen, nämlich die Maurer Johann Roth, Adam Haller und Andreas Hübner zwei Jahre hindurch nicht mehr als Arbeiter bei den hiesigen Baumeistern eingestellt werden.

4. Die Arbeitnehmer, soweit sie der Zahlstelle Kulmbach des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands angehören, verpflichten sich, jeden Arbeiter aus ihrem Verbands auszuschießen, der sich begeben läßt, fremde, zugezogene Arbeiter durch Verleumdungen, Drohungen zc. zu belästigen. (Folgen die Unterschriften.)

Nun lage aber Niemand mehr über Maßregelung seitens der Arbeitgeber; hier hat man es mit einer gemeinen Maßregelung seitens der Arbeitnehmer in ihren eigenen Kollegen gegenüber zu thun. Der „Grundstein“ bemerkt zu Anfang seines Berichtes hierüber, die Organisation der Maurer Kulmbachs ist noch jung. Wir fragen uns aber: Kann das eine Entschuldigung sein für einen derartigen Verrath einer doch jedenfalls wohlbedachten und keineswegs übermäßigen Forderung?

Wäre es dann, wenn man der dortigen Zahlstelle die Einsicht der Tragweite ihres Handelns aberkennt, nicht Pflicht der Zentralleitung gewesen, hierbei einzugreifen, um zu verhüten, daß durch die Unterschrift eines solchen gerademwegs zu beziehenden Todesurtheils der Kameradschaftlichkeit und sonst dem Arbeiter doch in höherem Maße eigenen Mitgeföhls dem Verbands der Maurer und mit diesem der Arbeiterbewegung überhaupt ein ewiges Schanddenkmal gesetzt wird? Selbst damit, daß die Ausgeschlossenen anderweitig Arbeit erhalten oder man event. die Märtyrer dieses jedem Ideal hochnsprechenden Vertrages für die verbannte Zeit schadlos halten würde, kann der Arbeiterbewegung nicht gedient sein. Letztere wird auf Jahre hinaus in diesem Vorkommniß einen Hemmschuh für die Agitation in Bayern empfinden. Daß nicht jede Lohnbewegung zu Gunsten der Streikenden endigen kann, braucht wohl kaum erwähnt zu werden; ebenso selbstverständlich erscheint es uns aber, daß durch obigen Vertrag für die Glücklichen (?), welchen es vergönnt ist, nun wieder in Arbeit treten zu können, herzlich wenig gewonnen ist.

20 resp. 30 \mathcal{M} sollen pro Tag mehr gezahlt werden. Das ist die einzige Errungenschaft, für welche die Existenz der drei Kollegen preisgegeben wurde. Die weitere Vereinbarung, daß vom 1. Januar 1897? ab die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt werden soll, ist wohl ziemlich belanglos; erstens wurde im Januar bisher doch wohl kaum 10 Stunden gearbeitet, zweitens darf man wohl ziemlich bestimmt annehmen, daß sich die Arbeitgeber im Sommer nächsten Jahres noch stark besinnen werden, bevor sie sich auf 10 stündige Arbeitszeit einlassen, zumal sie einen Druck von Seiten der Maurer kaum zu erwarten haben, da diese sich durch die drei boyottirten Arbeitskräfte eine lebende Warnungstafel vor Augen gebunden haben.

Die Aufhebung der Aussperrung der Glasarbeiter in Vimosges (Frankreich) bedeutet einen Sieg der Arbeiterorganisation über das vereinigte Unternehmertum der Porzellanindustrie und zugleich einen Erfolg der sozialistischen Municipalität. Die Unternehmer, die wiederholt alle von den Arbeitern angeregten Vermittelungsversuche abgelehnt hatten, mußten schließlich die Vermittlung des Genossen Labussière, des Bürgermeisters von Vimosges, annehmen. Der Haupterfolg der Arbeiter ist die Anerkennung der Gewerkschaft, auf deren Veranlassung die Fabrikanten es abgesehen hatten. Außerdem verpflichtete sich das Unternehmerkartell, die Lohnforderungen der Tagelöhner in Erwägung zu ziehen. Nachdem die Gewerkschaft ihre Kraft gezeigt hat, werden sich die Unternehmer hüten, ihr Wort zu brechen.

Warnung für Stukkateure! Aus London geht dem „Vorwärts“ Folgendes zu: Die Stukkateure (Plasterers) von London sind mit ihren Arbeitgebern, der Zentral-Assoziation der Bauherren — master builders — in ernsthaften Differenzen. Es ist wesentlich, daß sie die Unterstützung ihrer Kameraden auf dem Kontinent haben. Alle Arbeiter dieses Gewerbes in den verschiedenen europäischen Ländern werden deshalb hiermit dringend ersucht, unter keinen Umständen auf die Einladung der Bauherren oder deren Agenten nach London zu kommen. Bis jetzt haben sich nur einige wenige französische und belgische Arbeiter verlocken lassen. Dieselben waren vermuthlich von den Vorgängen hier nicht unterrichtet. Die Nationale Assoziation der arbeitenden Stukkateure, deren Sekretär D. Henesse, Klub Union Buildings, Clerkenwell Road, Holborn, London, ist, richtet an die kontinentalen Stukkateure, die schon in England sind, das Ersuchen, sich aus England zu entfernen, und sie appellirt an sämtliche Organe und Organisationen der Arbeiterpartei auf dem Kontinent, mit allem Nachdruck zu verhindern, daß von dem Festland Stukkateure nach England gehen, um die englischen Bauherren gegen die Arbeiter zu unterstützen.

Der Streik in Neunkirchen (Oesterreich) dauert fort. Die am Sonnabend festgesetzten Konferenzen der Rechtsvertreter der Unternehmer und Arbeiter endeten infolge des Standpunktes, der von den Unternehmern in der Frage der Wiederaufnahme der streikenden Arbeiter eingenommen wurde, einen jähen Abbruch. Nach kaum dreiviertelstündiger Besprechung verließen die Vertreter der Arbeiter, Dr. Orntstein und Dr. Grüner, den Berathungssaal und begründeten diesen Schritt damit, daß bei aller Geneigtheit, den Wünschen der Unternehmer

entgegenzukommen, die schroffe Stellungnahme der Fabrikanten eine Einigung unmöglich mache.

Die Zigarrenarbeiterinnen in Madrid veranfaßten am Sonnabend eine Kundgebung gegen eine Verringerung des Personals der Fabriken. Sie zogen vor das Palais der Cortes. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch, wobei eine Arbeiterin verwundet wurde. 18 Verhaftungen wurden vorgenommen, die Verhafteten aber bald wieder freigelassen.

Sozialpolitisches.

Das vierte Tausend Sozialdemokraten im Reichstage ist voll. Der Wahlkreis Halle hat sich das Verdienst erworben, den achtundvierzigsten Genossen in den Reichstag zu entsenden. Genosse Kunert ist mit einer erheblichen Majorität von über 500 Stimmen im ersten Wahlgange Sieger geblieben. Daß es ohne Stichwahl abgehen würde, war, da unserm Genossen drei Gegner gegenüberstanden, kaum zu erhoffen. Das glänzende Resultat übertrifft also alle Erwartung. Zum Vergleich stellen wir das diesmalige Resultat mit dem von 1893 zusammen. Am 30. Juni erhielten: Kunert 15 668, Meyer (Fg.) 7171, Kühme (Mittelständler) 4354 und Arndt (freikonservativ) 3632. Vor drei Jahren wurden abgegeben 12 991 sozialdemokratische, 10 222 freisinnige und 8753 freikonservative Stimmen. In der Stichwahl wurde Dr. Alexander Meyer mit 17 881 Stimmen gegen 14 127, die auf Genossen Kunert fielen, gewählt. 1890 war Genosse Kunert in der Stichwahl mit 15 109 Stimmen gegen 13 440 für den nationalliberalen Kandidaten gewählt worden. Unsere Genossen haben also jetzt gleich im ersten Wahlgange mehr Stimmen herausgeholt, als bei den letzten Stichwahlen und fast 3000 Stimmen mehr, als in den ersten Wahlen 1890 und 1893, während die vereinigten Gegner gegen 1893 rund 3800, gegen 1890 rund 2000 Stimmen verloren haben. Ein schlagender Beweis für das Vordringen des Sozialismus ist nicht zu erbringen. Wir gratulieren unseren Genossen im Wahlkreis Halle zu ihrem herzerfreuenden Erfolge. Unwillkürlich erinnert man sich heute des Bismarck'schen Wortes, mit dem er in der Legislaturperiode von 1884/87, als zwei Duzend Sozialdemokraten im Reichstage saßen, ihnen ironisch das dritte Duzend voll wünschte. Der Wunsch wurde bereits 1892 erfüllt, jedenfalls sehr wenig nach dem Geschmack des Reichstagskanzlers, der wohl nicht glaubte, so bald Wirklichkeit werden zu sehen, was ihm damals so fern zu liegen schien, daß er sich billig einen „Witz“ darüber leistete. Heute würde er wohl etwas vorsichtiger sein. „Große Staatsmänner“ haben schon oft auf ihrem Wolkenthron der hohen Politik eine fast unbegreifliche Verkennung der Strömungen im Volke gezeigt. Zu ihrem eigenen Schaden wurden sie zu spät klug.

Zur Verkürzung der Arbeitszeit sind im eigenen Interesse schon mehrere sächsische Fabriken geschritten, in der Erkenntnis, daß die Leistung eines Arbeiters keineswegs rein schematisch nach der Zahl der Arbeitsstunden zu bemessen ist. Den mehrfachen Beispielen, welche wir in dieser Beziehung bereits früher mittheilten, möge hinzugefügt werden, daß vor geraumer Zeit eine mit Färberei und Appretur verbundene mechanische Weberei im Gumnitz bei der Arbeitszeit um täglich eine volle Stunde verkürzte. Der Betriebshaber versichert, daß sowohl die Leistung der Arbeiter wie der Arbeiterinnen die gleiche geblieben sei. Daneben hat man jedoch auch die Erfahrung gemacht, daß die Betriebskrankenkasse von Kranken weniger als früher in Anspruch genommen wird. Daß die Krankheiten der Arbeiter vielfach mit übermäßig langer Arbeitszeit zusammenhängen, ist bekanntlich von der Fachwissenschaft schon oft betont auch dem Laien einleuchtend.

Der Petersburger Waffenstreik hat bereits einen gewaltigen Erfolg gehabt, einen Erfolg, wie ihn die Attentatpolitik der Nihilisten nie erreichen konnte. Die Regierung hat sich entschließen müssen, den Anfang zu einer Sozialreform zu machen, und zwar will sie nach einer in dieser Hinsicht gewiß unverdächtigen Quelle, der „Köln. Ztg.“, eine Maximal-Arbeitszeit einführen. Dasselbe Blatt sagt weiter: „In der Gesellschaft, so weit diese nicht den engsten Industrietreifen angehört, betrachtet man die ausstehenden Arbeiter, die sich sehr ruhig verhalten, mit viel Sympathie. Man sagt sich, daß in der That die Arbeiter vielen Grund zur Unzufriedenheit haben, daß manche Fabriken sogar häufig über die von ihnen selbst festgesetzte Arbeitszeit hinaus arbeiten, ohne den Arbeitern für die Ueberstunden auch nur die geringste Entschädigung zuzukommen zu lassen, und daß in irgend einer Weise der Willkür der Arbeitgeber ein Regel vorgeschoben werden muß. Eine heikle Frage sind auch die Strafgebühren, welche in vielen Fabriken eine übermäßige Höhe erreichen und so etwas wie den 15-20prozentigen Abzug von dem dürftigen Lohne der Arbeiter ausmachen. Bei jeder Lohnzahlung sind die Fabrik-Inspektoren mit massenhaften Klagen der Arbeiter über willkürliche Lohnabzüge überhäuft und haben alle Hände voll zu thun, um die Mißbilligkeiten irgendwie zu schlichten. Wenn man noch hinzunimmt, daß die „Meister“ in den Fabriken gewöhnlich vom Arbeiter eine „Erkennlichkeit“ dafür fordern, daß er seine Stelle behält, so ist das Bild von der Lage der Arbeiter düster genug.“

In welcher Zwangslage sich die Regierung des Jaren befindet, ergiebt sich schon daraus, daß sie es garnicht wagt, gegen die Streikenden die bisher alleinigen „Beruhigungsmittel“ einer „väterlichen Regierung“, Rosenlänzen und Peitschen, anzuwenden zu lassen. Wieder muß die „Köln. Ztg.“ zugeben, daß die „von langer Hand und von keineswegs ungeschickten Agitatoren vorbereitete allgemeine Arbeiter-Ausstandsbewegung“ eine sehr ernsthafte Sache sei und daß die Regierung Alles aufbiete, auf gültlichem Wege die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. „Fast doch die Regierung, was sonst keineswegs immer ihre Art ist, die Ausständigen diesmal mit Sammethandschuhen an! Selbst die bei solchen Gelegenheiten unerheblichen Rosenlänzen lassen diesmal ihre Bekehrungsinstrumente, die Peitschen (Peitschen) nur auf die Rücken ihrer Pferde und nicht auf die Köpfe der Auffässigen niederlassen, und vielfach wird behauptet, den ausständigen Arbeitern sei das feste Versprechen der hiesigen (Petersburger) Obrigkeit geworden, gleich nach Rückkehr des Kaisers in die Hauptstadt für schnellste Erfüllung verschiedener berechtigter Arbeiterwünsche zu sorgen.“

Polizeiliches und Gerichtliches.

Am 9. November v. J. stürzte der Neubau Berlins in der Feldbergstraße in Mainz zusammen und begrub den in den Bau nochmals zurückgekehrten Dachdecker Michael Becker von Ebersheim unter seinen Trümmern. Nach dem Gutachten des Kreisgesundheitsamtes ist Becker nicht infolge der Verletzungen, sondern am Ersticken gestorben. Die Ursache des Zusammenbruchs lag an Konstruktionsfehlern. Nach der Ausschaltung der Kellerwölbe entstanden überall Risse und Sprünge; die flache, weite Spannung der Keller konnte die Last des Oberbaues nicht mehr tragen und stürzte zusammen. Die Herren Gutachter führten aus, daß der Angeklagte unter allen Umständen bei dieser Konstruktion einen Architekten zu Rathe ziehen mußte. Das Material sei gut gewesen, ebenso hätte an den Fundamenten keine Verschiebung stattgefunden. Wenn die Arbeiter, welche im Bau thätig waren, nicht so sehr auf ihrer Gut gewesen wären, dann hätte ein weit schrecklicheres Unglück entstehen können. Der Staatsanwalt beehrte gegen Becker eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, während die Herren Verteidiger, Bördel und Gause, auf Freisprechung plaidirten. Nach einer halbstündigen Verathung des Gerichtshofes machte derselbe bekannt, daß das Urtheil in acht Tagen gesprochen würde. Sodann theilte der Vorsitzende mit, daß der Gerichtshof event. den § 330 des Strafgesetzbuchs heranziehen würde und ersuchte die Verteidiger, sich hierüber zu äußern. Rechtsanwalt Bördel bat, für diesen Fall den Angeklagten nur zu einer Geldstrafe zu verurtheilen. In letzterem Fall wäre eine Verurtheilung wegen fahrlässiger Tödtung ausgeschlossen, da § 330 besagt: „Wer bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt handelt, daß hieraus für Andere Gefahr entsteht, wird mit Geldstrafe bis zu M. 900 oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.“ Die Verhandlung, die unter großem Andrang des Publikums stattfand, nahm den ganzen Tag in Anspruch und ging erst Abends gegen 8 Uhr zu Ende.

Der bekannte preussisch-deutsche Amtsbrauch, Arbeitervergnügungen dadurch zu hindern, daß man sie als Versammlung politischer Vereine betrachtet, wird in nächster Nähe Berlins wieder weiter gelbt.

Der Sozialdemokratische Agitationsklub für den Osten Berlins hatte auf Treptower Gebiet eine Festlichkeit veranstaltet. Dies Vergnügen durfte jedoch nicht stattfinden, wie der Amtsvorsteher von Treptow in folgendem, an unseren Parteigenossen F. List in der Rüdigersdorferstraße 43 gerichteten Schreiben mittheilt:

Hierdurch erhalten sie die Mittheilung, daß die Erlaubnis zur Abhaltung eines Sommernachtsballes mit Konzert am 20. Juni d. J. verlagert wird, da nach § 8 der Verordnung vom 11. März 1850 Frauenpersonen an den Versammlungen politischer Vereine nicht theilnehmen dürfen. Der Amtsvorsteher, Hoffmann.

Unser Parteigenosse will Beschwerde erheben. Der Amtsvorsteher von Treptow scheint nicht zu wissen, daß auch ohne sein Verbot Material zur Verurtheilung des Vereinsgesetzes und seiner Anwendung gegen Sozialdemokraten in geradezu erdrückender Fülle aufgehäuft ist.

Der neueste Auflösungsgrund. In dem badischen Städtchen Singen am Hohentwiel ist kürzlich eine gewerkschaftliche Versammlung von einem Beamten des Bezirksamts Konstanz aufgelöst worden, der die klassische Erklärung abgab: „Wegen Kritik von Staateinrichtungen löse ich die Versammlung auf.“ In dieser Versammlung waren, wie behauptet wird, drei Genarmen, zwei Polizeidiener und zwei Beamte des Konstanzer Bezirksamts anwesend. Der „innere Feind“ erfreut sich also der schönsten Aufmerksamkeit. Auflösung wegen Kritik von Staateinrichtungen erinnert übrigens schon an den Genarmen, der zur Auflösung schritt, weil ein Redner über das „Thema“ sprach.

Der grobe Unfug als Rettungsaufker. Die Konfektionsarbeiterinnen Adelheid Schlicht und Anna Kahler waren während des Streiks in Berlin im Februar der Schneiderin Frau Miellisch begegnet. Frä. Schlicht hatte die Miellisch, die ein Paket trug, gefragt, ob sie noch arbeite und wie viel Lohn sie bekäme, die Miellisch hatte

das sehr schroff abgewiesen und mit dem Schirme gedroht, behauptete aber, daß die Schlicht ihr auch nach dem Pakete gefast hätte, um zu sehen, was drinnen wäre. Frä. Kahler sollte „Streifbrecherin“ gerufen haben. Dieses erschütternde Ereigniß setzte die Juristen in nicht geringe Zweifel. Der Staatsanwalt erhob gegen Frä. Schlicht und Frä. Kahler Anklage wegen „verjudeter Nöthigung“, die Berliner Strafkammer VIII konnte aber aus Rechtsgründen keine Nöthigung in dem Vorfalle finden und eröffnete das Hauptverfahren wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, mit der Annahme, die beiden Angeklagten hätten die Miellisch durch Ehrverletzungen oder Zwang zur Theilnahme am Streik bewegen wollen. In der Verhandlung, die am 22. Juni vor der 7. Strafkammer stattfand, betonte Frau Miellisch selber mit Stolz, daß sie gar keine Arbeiterin sei, und daß der Streik sie deshalb garnichts angehe; sie bekundete, daß kein Mensch sie aufgefordert hätte, daran theilzunehmen, und daß das auch offenbar garnicht die Absicht gewesen wäre. Nun war guter Rath theuer. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft wollte die Anklage zuerst auf „Beleidigung“ stellen, aber es ergab sich, daß Frau Miellisch deswegen keinen Strafanspruch geltend hatte. Schon schien es, als ob das Verbrechen ungeahnt bleiben müßte, da fand der Staatsanwalt für die gekränkte Gerechtigkeit einen Rettungsaufker im „groben Unfug“. Er meinte, daß in Frau Miellisch das ganze Publikum belästigt worden sei, und hielt den Unfug für so schwer, daß er gegen jede der beiden völlig unbescholtenen jungen Mädchen zwei Wochen Haft beantragte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, wollte die Anwendbarkeit des Paragraphen vom groben Unfug nicht anerkennen und führte aus, daß nur Frau Miellisch ganz allein, nicht aber das Publikum belästigt worden sei. Es geschehe täglich, daß man auf der Straße angeredet und gefragt werde, es wäre einem meist störend, nie angenehm, aber die Belästigung beruhe das Publikum als solches nicht, sei mithin kein grober Unfug. Jedenfalls liege die Sache so milde, daß höchstens auf eine geringe Geldstrafe erkannt werden könnte. Das Gericht billigte den juristischen Fund des Staatsanwalts und nahm groben Unfug an, es folgte jedoch den Milderungsgründen des Verteidigers und erkannte bloß auf M. 20 Geldstrafe. Wenn nun der Staatsanwalt sich nicht rechtzeitig erinnert hätte! — Es wäre doch zu empfehlen, daß alle Anklagen gleich von vornherein „eventuell“, wie die Juristen so schön sagen, auf groben Unfug gerichtet würden.

Ist ein Vertrauensmann ein Verein? Der Vertrauensmann der Steinhauer von Hof, Ludwig Schielein, war seinerzeit von der dortigen Polizei wegen Nichtanmeldens eines Vereins im Sinne des § 20 des Vereinsgesetzes von 1850 in Strafe genommen worden. Dagegen erhob er Einspruch beim Schöffengericht, weil er sich nicht vorstellen konnte, daß er als einzelne Person im Sinne des Gesetzes einen Verein darstellen sollte, da die Organisation der Steinhauer in ganz Deutschland auf dem Vertrauensmänner-System beruht und nirgends, selbst in Sachsen, wo doch die Polizei auf dem Gebiete der Erfindungskunst Großartiges leistet, zu Unständen geführt hat. Bei der Verhandlung wurde Schielein jedoch vom Schöffengericht als Verein im Sinne des Gesetzes erklärt und demgemäß zu M. 3 Geldstrafe verurtheilt; dagegen legte Sch. Berufung beim königl. Landgericht mit dem Erfolg ein, daß er bei der Hauptverhandlung freigesprochen wurde. Mit diesem Urtheil war wieder der Herr Staatsanwalt nicht zufrieden und legte Revision beim Oberlandesgericht in München ein, welches auch das Urtheil zweiter Instanz aufhob und zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht Hof zuückverwies, die am Donnerstag stattfinden sollte. Infolge einer schlechten Vorahnung zog Schielein seine Berufung zurück. Somit ist diese Frage für Hof als erledigt zu betrachten, die Polizei ist aus diesem Streit als Sieger hervorgegangen und hat dadurch ihre Kollegen in Sachsen in den Schatten gestellt.

Wegen Nichtangabe des Druckers und Verlegers unter ein Plakat, welches eine Einladung zur Märzfeier enthielt, wurden unsere Bremer Genossen Imwolde und Klawitter zu M. 20 resp. M. 4 verurtheilt. Die Unterschrift des Comités genügte dem Gerichtshof nicht. Erschwerend falle in's Gewicht, so wurde in der mündlichen Begründung des Urtheils beduzirt, daß der Inhalt der Plakate eine Revolutionsfeier angebe. Bei etwas anderer Fassung hätte sehr leicht strafbarer Inhalt vorliegen, eine Aufreizung darin erblickt werden können. Das sei hier nicht der Fall. Das innere Wesen der Feier sei aber gewesen, Propaganda zu machen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Darnach erscheinen obige Strafen angemessen.

Unser erchsamem Spießbürger müssen sich doch freuen, wie Polizei und Gericht für den Bestand der heutigen Gesellschaft sorgen, die schon eine Gefährdung ihrer Sicherheit in der Anheftung eines rothen Plakats erblickten. Ein Werkmal großer Stärke spricht aus solcher Begründung gerade nicht.

Die Bestimmung des § 124 b der Reichs-Gewerbeordnung, wonach der Arbeitgeber, wenn ein Gefelle oder Gehülfe rechtswidrig die Arbeit verlässt, hat, als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes fordern

kann und durch die Geltendmachung dieser Forderung der Anspruch auf Erfüllung des Vertrages und auf weiteren Schadenersatz ausgeschlossen wird, — findet nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Civilsenats, vom 25. Februar 1896, keine Anwendung, wenn der Arbeitgeber, ohne eine derartige Entschädigung geltend zu machen, eine vertraglich bedingene Strafe einlegt. „Daß auch letztere auf daß Maß eines einwöchentlichen Lohnes vom Richter zu ermäßigen sei, ist im Gesetze weder ausdrücklich gesagt, noch folgerungsweise aus demselben zu entnehmen. Es trifft also für derartige Konventionalstrafen der in § 105 der Gewerbeordnung aufgestellte Grundsatz der Vertragsfreiheit zu, und der Richter ist nicht ermächtigt, solche, selbst wenn sie ihm als übermäßig erscheinen, auf ein geringeres Maß zu beschränken.“

Einsturz eines Gerüsts. Vom Landgerichte Bochum ist am 5. März cr. der Maurerpolier Christian Pfeifer wegen fahrlässiger Körperverletzung unter Außerachtlassung seiner Berufspflicht zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Er hatte im Herbst vorigen Jahres den Neubau des Knabenkonvikts in M. auszuführen. Ueber einem Gewölbe, welches nach einem neuen patentirten Verfahren ausgeführt worden war, hatte er ein Gerüst errichten lassen, auf welchem die Maurer arbeiten sollten. Pfeifer hatte nun zugelassen, daß eine von den Stützen des Gerüsts auf das frisch gemauerte Gewölbe gesetzt wurde. Als das Gerüst fertig war und sechs Zentner Asche und ebensoviel Gips und eine schwere Mörtelblütte hinaufgeschafft worden waren, wurde der Angeklagte von den Maurern darauf aufmerksam gemacht, daß sich eine von den Stützen gebogen habe. Obgleich ihn dies, wie das Gericht meint, zur Vorsicht mahnen mußte, ließ er das Gerüst in Benutzung nehmen. Es dauerte nicht lange, da senkte sich dasselbe mit den Stützen in das Gewölbe hinein und vier Maurer stürzten hinunter. Sie wurden alle mehr oder weniger verletzt; einer von ihnen ist dauernd arbeitsunfähig geworden. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte den eingetretenen Erfolg voraussehen konnte und vorausgesehen hat, und daß seine Fahrlässigkeit um so größer sei, als er von seinen Arbeitern auf die ihnen drohende Gefahr besonders hingewiesen worden sei. — In seiner Revision behauptete der Angeklagte, es hätte festgestellt werden müssen, daß er sich bewußt sein mußte, das Gewölbe sei nicht stark genug, um das Gerüst mit zu tragen. Er habe keineswegs annehmen können, daß das Gewölbe so schwach war, da dasselbe nach einem neuen Verfahren gebaut worden sei und als besonders solide habe angesehen werden müssen. Auch sei es nicht frisch gemauert, sondern bereits 14 Tage alt gewesen, so daß es wohl die erforderliche Festigkeit haben konnte. — Das Reichsgericht verwarf im Einverständnis mit dem Reichsanwalte die Revision, da die Schuld des Angeklagten ausreichend festgestellt sei.

Gewerbegerichtliches.

Unternehmerfrechheit. In einer Brotfabrik in Hagen (Westfalen) hatte ein Arbeiter regelrecht gefündigt und trat aus, wobei er — von dem in der Gewerbeordnung gewährtesten Recht Gebrauch machend — die Ausdehnung des Zeugnisses auf seine Führung verlangte. Daß wurde ihm verweigert, der Arbeiter klagte und erlitt natürlich ein obliegendes Urtheil, daß ihm E. ein Zeugniß mit Führung und Leistung bei Vermeidung einer Konventionalstrafe von M. 3 täglich auszustellen habe. Diefem Urtheil glaubte nun E. gerecht zu werden, indem er am selben Tage dem Schlichter ein Zeugniß in folgender, das heutige Unternehmertum recht drastisch kennzeichnenden Form aufstellte:

Schwerter Brotfabrik, Otto Eidenscheidt.

Auf spezielles Verlangen und nach Aufgabe des Kreis-Gewerbegerichts zu Hörde, beschleunige ich hiermit, daß der Heinrich Schnier vom 19. August 1895 bis zum 15. April 1896 bei mir als Brotsührer in Arbeit gestanden und sich während dieser Zeit gut geführt hat.

Schwerter Brotfabrik, Otto Eidenscheidt.

Werkwürdigerweise weigert sich nun Schnier, mit diesem Urtheilsbriefe, welcher schon durch seinen dahingelautenden Anhang geeignet ist, den Inhaber in den Augen unserer „arbeiterfreundlichen“ Unternehmer als gefährlichen Oppositionär, wenn nicht gar als einen „Sozi“ erscheinen zu lassen, sich Arbeit zu verschaffen. Derselbe hat es vielmehr vorgezogen, den Wirth an das Gewerbegericht zu schicken. Hoffentlich wird dem „hochherzigen“ Fabrikanten Gelegenheit geboten, über die Strafbestimmungen des § 146 Abs. 3 der Gewerbeordnung ein wenig nachzudenken. Letzterer will nämlich diejenigen Arbeitgeber mit Geldstrafe bis zu M. 2000, event. Gefängnis bis zu 6 Monaten bestrafen wissen, welche ein Zeugniß mit Merkmalen versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen. Daß ein solcher Zweck hier vorliegt, wird ein Blinder merken können.

Dresden. Rache ist süß! Also dachte der Bauunternehmer Protop als er vor einiger Zeit von zwei Maurern auf dem Gewerbegericht verklagt worden war und dort blechen mußte. Kam ihm doch auf einmal in den Sinn, daß der eine Kläger, der Maurer Farod, einmal 2 Lohnstunden mehr aufgeschrieben hatte und sich bezahlet ließ, als er wirklich geleistet. Flugs rannte der Herr auf's Gericht und zeigte seinen Gehülften wegen Ver-

truges an. Am Sonnabend verhandelte nun das Schöffengericht über diesen Fall. Farod stellte in Abrede, die zwei Stunden zu viel aufgeschrieben zu haben, er giebt vielmehr an, daß er die bewußte Zeit wirklich gearbeitet habe. Durch die Zeugnisaussagen aber gilt die Anklage für gedeckt und der Angeklagte wird wegen Betrugs zu M. 10 Geldstrafe verurtheilt.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Am 15. Juni hat das Reichsversicherungsamt eine Entscheidung von außerordentlichem Interesse gefällt, über welche jetzt der Berliner „Volkszeitung“ das schriftliche Erkenntniß vorliegt.

Es handelt sich um einen Rentenanspruch, den die Wittve Frenkel gegen die Nordbaltische Baugewerkschaftsgenossenschaft als Hinterbliebene ihres Mannes erhoben hatte. Die Klägerin machte geltend — und mit einem derartigen Fall hat sich bisher schwerlich das Reichsversicherungsamt zu beschäftigen gehabt — ihr Ehemann habe sich auf Ersuchen der Berufsgenossenschaft von Dr. Blasius, dem in Berliner Arbeiterkreisen bekannten Vertrauensarzt des Berliner Schiedsgerichts, behufs Feststellung der Erwerbsunfähigkeit infolge eines Unfalles untersuchen lassen müssen und sei von diesem Sachverständigen derart behandelt worden, daß ihr Mann tief-sinnig wurde, dreimal Selbstmord zu begehen versuchte und schließlich auch seine Wirthschaft in Treptow erreicht habe. Die Berufsgenossenschaft wie auch das Schiedsgericht wiesen jedoch die Klägerin mit ihren Ansprüchen zurück. Das Reichsversicherungsamt beschloß aber, auf den Rekurs der Klägerin Beweis zu erheben. Zu den Beamten in Treptow, welche ihn zuerst nach den erfolglosen Selbstmordversuchen sprachen, redete Frenkel von einer Unfallsache, die ihn sehr erregt habe. Ein Agent Kühle bekundete, gegen Ende Dezember 1894 sei Frenkel von Dr. Blasius zurückgeführt, sei sehr aufgeregt gewesen, habe wie ein Kind geweint und über heftige Schmerzen in der rechten Hand geklagt. Er sei untröstlich gewesen und habe sich bitter über Dr. Blasius beklagt. Letzterer habe ihm gewaltfam die Hand gestreckt und erklärt, er solle nun überhaupt keine Rente mehr erhalten. Fortan habe Frenkel den Eindruck gemacht, als ob er vollständig tief-sinnig geworden sei. Zum Schiedsgerichtstermin wollte er nicht gehen, indem er meinte, das mühe ihm nichts, da Dr. Blasius sagte, er bekäme keine Rente. Ähnlich äußerten sich noch zwei andere Zeugen. Zu einer Frau, die ihm aus Mitleid Essen anbot, erklärte Frenkel ablehnend, er brauche nicht mehr viel; zwei Tage danach habe er dann Hand an sich gelegt.

Das Reichsversicherungsamt hob darauf die Vorentscheidung auf und sprach der klagenden Wittve die erbetene Rente zu. In der Begründung heißt es:

„Ob der Dr. Blasius dem verstorbenen Ehemanne der Klägerin, wie diese behauptet, bei der Untersuchung vom 26. Dezember 1894 starke Schmerzen durch Drehen und Zeren an dem verletzten Arm bereitet hat, ob er ihn hart angelassen und ihm sogar gedroht hat, ob er solle gar keine Rente mehr erhalten, während es sich bei der Untersuchung doch nur um die Feststellung handelte, ob die Erwerbsunfähigkeit Frenkel's auf 50 pSt. oder mehr zu schätzen sei, kann dahin gestellt bleiben. Denn mag die Behandlung, welche Frenkel bei der bezeichneten Gelegenheit von Dr. Blasius erfuhr, angemessen gewesen seien oder nicht — so viel hat die Beweisaufnahme als unzweifelhaft ergeben, daß Frenkel durch diese Behandlung selbst auf das Tiefste erregt worden ist und sein Verhalten von da an bis zu seinem Tode auffällige Veränderungen gezeigt hat. (Nun folgen die oben angeführten Thatfachen, die das Verunglückte bis zu seinem Tode usw.)

Angeichts dieser durch die Beweisaufnahme festgestellten Thatfachen ist das Reichsversicherungsamt zur Ueberzeugung gelangt, daß Frenkel infolge der durch seinen Unfall vom 22. März 1894 nothwendig gewordenen Untersuchung bei Dr. Blasius vom 26. Dezember 1894 in einen Zustand seelischer Erregung versetzt worden ist, der in seiner weiteren Entwicklung zu einer Geistesverwirrung geführt hat, welche schließlich seine freie Willensbestimmung ausschloß. Wenn aber Dr. Rothenburg zu Berlin in dem Gutachten vom 15. Juni 1893 den Verdacht des Alkoholmißbrauches gegen Frenkel sprach und in dem Gutachten vom 22. Juli 1894 darauf zurückkam, so konnte dieser Verdacht doch nicht als soweit thatsächlich begründet angesehen werden, daß ihm bei Beurtheilung der Beweggründe des Selbstmordes entscheidende Bedeutung hätte zugemessen werden können.

Das Reichsversicherungsamt hat wiederholt Entscheidungen gefällt, die wegen des aus ihnen sprechenden humanen Gerechtigkeitssinnes allgemeinen Sympathien begegnet sind. Daß die Rechtsprechung des Amtes im vorliegenden Falle ganz besonderen Sympathien begegnet wird, ist selbstverständlich. Es fragt sich aber, was die Berufsgenossenschaft nun thun wird, um die eigenartige Behandlung der von Unfällen betroffenen Arbeiter durch den Vertrauensarzt der Genossenschaft in Zukunft zu hindern.

Literarisches.

Ueber neueste und wichtigste Zeichnungen und Vorlagenwerke für Schlosser giebt ein soeben im Verlage von Otto Maier in Ravensburg erschienenen Verzeichniß gute Auskunft, die jedem Meister und jedem Gesellen, jedem Praktiker, der seinen Beruf

ernst nimmt und mit seinen Leistungen auf der Höhe der Zeit stehen will, sehr erwünscht sein wird. Das mit hübschen Illustrationsproben geschmückte Verzeichniß bringt Porträt und eingehende Würdigung Josef Feller's als hervorragender Zeichner und Herausgeber tüchtiger und schöner Vorlagenwerke, wie „Der Schlosser“, „Eiserne Treppen“, „Moderne Kunstschmiedearbeiten“, denen dem-nächst „Einfache Schmiedearbeiten“ folgen werden. Sodann finden wir in ausführlichen Anzeigen noch auzere beliebte praktische Werke: Die von den Professoren Krauß und Meyer herausgegebenen Bände, „Der Schlosser der Neuzeit“, „Musterammlung für Schlosser“, von Aid und Seubert, „Der Bau- und Kunstschlosser“, „Eiserne Thore“ — lauter Vorlagenwerke, die von ge-diegenen Praktikern geschaffen, dem Bedarf der Schlosser bestens angepaßt sind und ihnen durch beigegebene Preis-berechnungen, Details und Konstruktionszeichnungen, die Arbeit wesentlich zu erleichtern bestimmt sind. Zahl-reiche abgedruckt eGutachten aus Fachkreisen beweisen, wie beliebt die Maier'schen Vorlagenwerke allenthalben sind. — Die Verlags-handlung liefert das Verzeichniß allen Interessenten unentgeltlich.

Soeben ist erschienen in der Buchhandlung Bornwäts, Berlin SW., Deuth-Str. 2.: Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie. Eine gemeinverständliche Darstellung der währungs-politischen Zustände und Kämpfe von Max Schippel. Agitations-Ausgabe (zur Massenverbreitung) M. —, 30. Porto 5 S. Buchhandel-Ausgabe M. 1.

Diese Schrift, welche die Währungsfrage zum ersten Mal unter sozialistischem Gesichtspunkte behandelt, ist für jeden denkenden Genossen unentbehrlich und von der Parteipresse bereits eingehend und rühmend besprochen. Die „Leipziger Volkszeitung“ urtheilt: „Hier ist endlich ein zuverlässiger Leitfaden für unsere Agitation, hier kann der Arbeiter sich gut und schnell unterrichten“ und der „Vorwärts“ schreibt: „Besto erfreulicher ist es, daß diese von unserer Partei ausgehende Darstellung als eine sehr ernste und gründliche Arbeit auf's wärmste empfohlen werden kann.“

Berksammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Beckh.** Sonntag, den 19. Juli, im Vereinslokal.
- Braunschweig.** Donnerstag, den 16. Juli, bei Evertling, Dehlshälgern 40.
- Cöpenick.** Sonntag, den 19. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Graul.
- Dessau.** Sonnabend, den 18. Juli, in Wulsdorf's Restaurant, Friederikenstr. 36.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 19. Juli, Vorm. 11 Uhr, bei Drießen, Grafenbergerstr. 27.
- Eisenach.** Freitag, den 17. d. Mts., öffentliche Versammlung im „Fröhlichen Mann.“
- Elbing.** Sonnabend, den 18. Juli, Abends 7 Uhr, im „Kaisergarten“.
- Frankfurt a. M.** Mittwoch, den 15. Juli, im „Reb-floch“, Kruggasse 4.
- Friedrichsberg b. B.** Sonntag, den 19. Juli, Vorm. 11 1/2 Uhr, bei Fuchs, Lichtenberg, Dorfstr. 2.
- Hamburg.** Donnerstag, den 16. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Hilmer Gäusemarkt.
- Hannover.** Dienstag, den 21. Juli, in Boldt's Restaurant, Neustr. 27.
- Harzburg.** Jeden Sonntag nach dem 1. jedes Monats.
- Heidingsfeld.** Sonntag, den 12. Juli, Vorm. 10 Uhr, im Lokale Schmels.
- Herne.** Mittwoch, den 15. Juli, bei Grünwald, Von der Hehdstraße.
- Hildesheim.** Dienstag, den 14. Juli, Abends 8 Uhr, bei Wiehe.
- Kiel.** Dienstag, den 14. Juli, in Schröder's Restaurant, Rehdenstr. 2.
- Leipzig.** Sonnabend, den 18. Juli, beim Gastwirth Brieloff, Mittelstr. 16/17.
- Magdeburg.** Sonnabend, den 18. Juli, Zahlabend.
- München.** Sonntag, den 19. Juli, Vorm. 10 Uhr, im „Passauer Hof“.
- Potsdam.** Dienstag, den 14. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Glaser, Brandenburger Kommunikation 16.
- Rirna.** Sonnabend, den 18. Juli, Zahlabend.
- Reichenbach i. V.** Sonntag, den 19. Juli, Nachm. 3 Uhr, in Hermann's Lokal, Weststr. 32.
- Schleswig.** Dienstag, den 14. Juli, auf der Herberge.
- Wegefall.** Sonntag, den 19. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im „Thüringer Hof“.
- Wolgast.** Sonnabend, d. 18. Juli, beim Gastwirth Schulz.

Bekanntmachungen

der
Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Bureau: Hamburg-Barmbeck, Hamburgerstr. 129, I.
Vom 1. bis 30. Juni 1896 erhielt die Hauptverwaltung aus den örtlichen Verwaltungen:
Pergedorf M. 50, Berlin II 800, Berlin III 1200, Berlin IV 200, Berlin V 400, Berlin VI 400, Bern-burg 25, Bielefeld 60, Bielefeld 25, Bredow 200, Bremen 100, Cammin 70, Celle 250, Charlottenburg 650, Cöln a. d. Elbe 45,81, Cöpenick 151,39, Danzig 100, Dödenhuben 100, Dresden I 250, Dresden II 170

Erfurt 75, Eutin 70,60, Forstbach 12,84, Freiburg 100, Gaarden 65, Geesbacht 57,03, Gr.-Anheim 130, Gr.-Flottbek 100, Halle 100, Hamburg I 106, Hamburg-Barmbeck I 100, Hamburg-Eppendorf 200, Hamburg-Hamm und Horn 140, Hanau 50, Hannover I 200, Hannover II 120, Hannover-Linden 180, Harburg 250, Heilbronn 80, Hirschberg 29,56, Höchst 60,18, Kall 50, Kiel 160, Köln a. Rh. 150, Leipzig I 100, Leipzig III 130, Lübeck 160, Mainz 50, Mariendorf 100, Memel 20, Neubrandenburg 60, Nieder-Schönhausen 179, Nordenham 39,05, Nowawes 100, Ohlau 70, Pinneberg 100, Potsdam 100, Rathenow 9,35, Rixdorf 400, Rostock 200, Spandau 80, Staßfurt 24, Steglitz 50, Stuttgart 200, Wandsbek 41,19, Wiesbaden 70. Summa M. 10 116.

Vom 1. bis 30. Juni erhielten Zutritt die örtlichen Verwaltungen:

Cannstatt M. 140, Dortmund 100, Elbing 40, Essen 70, Frankfurt a. M. 100, Fürth 12, Gelsenkirchen 50, Hanau 50, Meiningen 100, Mühlhausen i. El. 150, Nürnberg 75, Oberhausen 200, Thorn 50, Wandsbek 50. Summa M. 1187.

Ausgeschlossen auf Grund des § 15 Absatz 4 sind folgende Mitglieder (die eingeklammerte Zahl ist die frühere Buch-Nummer):

11 774 (6719), 2. Kl., Friedrich Bährs, geb. 17. Juli 1875 in Lübeck. 15 323 (2118), 2. Kl., Ernst Uphahl, geb. 1. Mai 1870 in Lübeck. 15 697 (14 972), 1. Kl., Karl Mahnde, geb. 18. Januar 1877 in Lübeck. 15 700 (7676), 1. Kl., Wilhelm Dieter, geb. 20. November 1867 in Heidelberg.

Der Vorstand.

Abrechnung

vom

Agitations- und Unterstützungsfonds vom 27. März bis 30. Juni 1896.

Einnahme.

Kassenbestand am 27. März M. 2683,16, Wschern 1,30, Berlin I 2,30, Berlin II 15,90, Berlin III 13,80, Berlin IV 16,30, Berlin V 20,60, Berlin VI 2, Biebrich 1, Bielefeld —, 70, Birkenwerder —, 70, Breslau 2, Calbe a. S. —, 50, Cammin —, 20, Cassel 1, Celle 2, Charlottenburg 3,20, Chemnitz —, 40, Elbe —, 60, Danzig —, 30, Doberan 1,60, Dödenhuden 1,20, Dortmund 1, Dresden I 7,50, Dresden II 2,30, Düsseldorf 1, Elbing —, 60, Erfurt 1,70, Essen a. R. 4,80, Frankfurt a. M. —, 60, Geestemünde —, 30, Gelsenkirchen 1,50, Götting 1, Groß-Flottbek —, 70, Gr.-Sichterfelde 2, Hamburg I 1, Hamburg II 2,30, Hamburg-Barmbeck I 1,50, Hamburg-Barmbeck II 7,10, Hamburg, Hamm und Horn 3,40, Hamburg-Eimsbüttel —, 40, Hannover-Linden —, 40, Heilbronn 1,50, Herne —, 80, Hildesheim 1,10, Hohenleina —, 10, Höchst a. M. 1,10, Kall a. Rh. —, 80, Kiel 2,70, Köln a. Rh. 2,50, Königsberg 3,40, Lauenburg —, 50, Leipzig I 2,70, Lübeck 1,20, Lüneburg —, 10, Mainz 1,40, Mannheim 2,20, Marburg 2,50, Mariendorf 1,30, Memel —, 50, Mühlhausen i. El. 2,10, München 2,10, Neubrandenburg —, 90, Neukloster —, 50, Neu-Wöders 2,50, Nieder-Schönhausen 2,40, Nordenham 1,50, Oberhausen 1,70, Ohlau 1, Potsdam 3, Rixdorf 1,50, Rostock 3, Rummelsburg —, 50, Schöneberg 2,50, Segeberg —, 80, Steinbek 1,50, Stuttgart 4,60, Wit —, 60, Wilhelmshaven —, 80, Cammin ohne Abr. —, 10, Frankfurt a. M. ohne Abr. —, 30, Waage ohne Abr. —, 60, Nordenham ohne Abr. —, 70, Rudolstadt ohne Abr. 2, —, Schröd ohne Abr. 4,80, Drewes 8635 —, 20, Zinnendorf 13275 —, 40, Harber 13644 —, 20, Klinger 1119 —, 20, Schumann 5737 1, Weigandt 85 —, 50. Summa M. 2883,76.

Ausgabe.

Fischer-Chemnitz M. 1,40, Bachmann-Berlin 16,20, Rämmerling-Steinbek 36, Bartel-Charlottenburg 18,90, Beth-Meinungen 25, Kernmann-Wwe.-Celle 25, Dummann-Cammin 36, Prähler-Hamburg-Barmbeck II 4,15, Baade-Hamburg 17, für Porto 5,48, Kassenbestand am 30. Juni 2683,63, Summa 2883,76.

Revidirt und richtig befunden:

F. Blumenthal. J. Wirth.

Briefkasten der Redaktion.

Die Berichte aus Leipzig und Gr.-Otterleben können erst nächste Woche erscheinen.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigedruckt. Wir eruchen, ohne weitere Aufforderung, das Geld in Briefmarken unter der Adresse H. Bringmann, Hamburg-Barmbeck, Fehlfersstraße 28, 1. Et., einzusenden.)

Strassburg i. E.

Sonntag, den 12. Juli, Vormittags 10 Uhr, in „Stadt Mech“:

Monatsversammlung.

Tagesordnung:

Neuwahl des Vorstandes. Verschiedenes.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

M. 1,10]

Der Vorstand.

Zahlstelle Hamburg.

Donnerstag, den 16. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Vesinghalle“, am Gänsemarkt:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Jahresbericht des Vorstandes. Abrechnung vom 2. Quartal. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes, der Revisoren, sowie der Jahrenträger. Verschiedenes.

NB. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß unsere Versammlungen von obigem Datum ab alle 14 Tage Donnerstags in der „Vesinghalle“ stattfinden.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht [M. 1,60] Der Vorstand.

Friedrichshagen.

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn M. Lerche, Rumbthell,

am Sonnabend, 11. Juli, Abends 8 1/2 Uhr.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht [90 4] Der Vorstand.

Lehe-Geestemünde.

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß vom 5. Juli ab unser neugewählter Kassirer, Th. Behrends, Geestemünde, Weiststraße 6 part. wohnhaft, seinen Posten angetreten hat. [M. 1,80] Der Vorstand.

Mühlhausen i. E.

Die Zimmerleute und Tischler hierorts sprechen den Karlsrührer Kameraden ihren herzlichsten Dank aus für die erwiesene Solidarität während der Lohnbewegung und quittiren laut ihrem Wunsche Folgendes:

Es gingen ein auf Sammelliste Nr. 385 M. 15,55, Nr. 386 M. 1,20, Nr. 387 M. 7,50; Summa M. 24,25. [M. 2,70] Die Lohnkommission.

Zahlstelle Berlin.

Der Zimmerer Franz Brosse, welcher in voriger Nummer vom Unterzeichneten gesucht wurde, zwecks Abrechnen über 50 Markten à 30 4 (richtig 30 Markten à 30 4) hat sich bereits selbst gemeldet. [M. 2,10] J. A.: Ad. Rickert, Kurfürstenstr. 41.

Zahlstelle Hamburg.

Sonntag, den 12. Juli,

in Hamer's Etablissement (Znh.: Gertens), Wandsbek, Bollvereinsstraße:

Großes Sommer-Vergnügen

unter gest. Mitwirkung des Klub Herwegh (Gesangverein der Zimmerer Hamburgs), sowie der beiden Liedertafeln Humor und Treue-Elbe.

Preissschießen u. Preisregeln für Herren, ferner: Damenpiel u. Kinderbelustigungen.

■ Anfang: Nachmittags 3 1/2 Uhr.

Abmarsch 3 Uhr von der Gewerbeschule mit der Verbandsfahne, unter Begleitung zweier Liedertafeln und einer renommirten Musikkapelle. [M. 5,40] Das Festcomité.

Flomke's

Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegelarte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text, in Leinen geb. Preis M. 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von M.1,80, auch in Briefmarken, von G. Flomke's Verlag, Bielefeld.

System Karmad-Gachfeld. Unterrichtslehre für das Selbststudium bei gesamten Hoch- und Tiefbauwesen.

BAUWERBESCHULE

Der Wollter, ca. 60 Briefe à 60 Pf.
Der Baugewerksmeister, 120 Briefe à 60 Pf.
Der Tischlermeister, ca. 120 Briefe à 60 Pf.
Jeden Sonntag erscheint ein Brief. — Diese von Preis und Sachwert als unerreicht bezeichneten Werke, die sich streng an den Lehrplan von Fachschulen anschließen, geben in einfacher Darstellung, feinerlet besond. Kostennachte voraussetzend, volll. Unterricht in sämtl. bautechnischen Lehrgegenst. u. ermöglichten, von Stufe zu Stufe fortschreitend vermittelt dieser auf Grund reichster Erfahrung planmäßig angelegten Werke in überaus leicht verständlicher Weise diejenige Kenntniß auf allen Gebieten des Baumeister zu erwerben, um innerhalb des Berufes die höchsten Ziele zu erreichen. Durch jede Buchhandlung zu beziehen. Verlag von Bonnes & Gachfeld, Potsdam u. Leipzig.

Verkehrslöcale, Herbergen usw.

Altona a. d. Elbe. Verkehrslöcale und Herberge bei Krüger, Lohmühlenstraße 36.
— Verkehrslöcale bei Carl Fischer, Wilhelmstraße 37.
Berlin. N. Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer.

Berlin. Gustav Glau, W., Krausenstr. 18, Restauration und Arbeitsvermittlung für Zimmerer.

— August Paulsch, W., Kulmbstr. 36. Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

— C. Fürstenau, SO., Nanteuffel- u. Reichsbergerstraßen-Ecke. Jeden Sonntag Vorm.: Zahlstelle des Verbandes 2. Bezirk, sowie d. Zentral-Krankenkasse d. Zimm. Zahlst. 5. Vergedorf. Zentralherberge und Verkehrslöcale bei Joh. Bez, Töpferwiete 8.

Bochum. Herberge b. Gastwirt Krüger, Schützenbahn 8. Breslau. Verkehrslöcale und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“ Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.

Charlottenburg. Dienstag nach dem 1. u. 15. jed. Mon. Versammlung und Zahlabend der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer. Arbeitsvermittlung, Verkehrslöcale und Zentralherberge bei Leder, Bismardstr. 74.

— Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- u. Sterbefasse der Zimmerer bei E. Hohmuth, Krumme Str. 41, Ecke der Pestalozzistraße.

Danzig. Verkehrslöcale und Zahlstelle des Verbandes Große Mühlenstraße 9. Alle 14 Tage Versammlung der Zahlstelle des Verbandes und der Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse.

Dresden. Verkehrslöcale und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzstraße 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.

— Zehl's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle I.

— Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentral-Krankenkasse, Zahlstelle II.

— „Deutsche Eiche“, Striesen, Huttenstraße 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, IV. Bezirks.

Essen a. d. Ruhr. Verkehrslöcale bei J. Keppler, Rottstraße 18 („Volksstheater“).

Friedrichshagen. Verbandslöcale und Herberge bei Max Lerche, Rumbthell. Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. Nachm. 3 Uhr, Auflage.

Hamburg. Zentralherberge: Wick (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.

Hamburg-Barmbeck. Verkehrslöcale für Zimmerer. Rud. Ellerbrock, Hamburgerstr. 134, gegenüber der Elbstraße.

Hamburg-Barmbeck. D. Niemeier, Wandsbekerstr. 129, 1. Et. Vermietung von Zimmerwerkzeug.

Hamburg-Elbe. Verkehrslöcale für Zimmerer bei J. Witten, Wandsbeker Chaussee 156.

Hamburg-Eimsbüttel. Fr. Lemde, Verkehrslöcale Belle-Alliancestr. 49.

— Carl Hesse, Verkehrslöcale, Eimsbütteler-Chaussee 74.

Hamburg-Niendorf. Th. Rohlf, Wilbörner Nöhrendamm 209, Keller. Verkehrslöcale f. Zimmerer.

Hamburg-Winterhude. Herzberg Wwe., Ohlsdorferstraße 7, part. Verkehrslöcale für Zimmerer.

Hannover. Versammlungslöcale und Zentralherberge bei Wolke, Neuestr. 27.

Harburg. Versammlungslöcale der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Lüssenhop, erste Bergstraße 7.

Heilbronn. Jeden Sonntag nach dem Lohntage, Nachmittags 3 Uhr, Versammlung. Verkehrslöcale, sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer im „Gasthaus zur Rose“, Marktplatz.

Herne. Versammlungslöcale und Herberge bei Musebrint, v. d. Halbstraße.

Kellinghusen. Herberge und Vereinslöcale: H. Wrage, „Volkshalle“.

Kaufuhr. Verkehrslöcale und Zahlstelle des Verbandes Neufotland 11, Zum rothen Fahnen.

Ludwigshafen. Die Zentralherberge befindet sich in der Bismardstraße Nr. 1.

Leipzig. Verkehrslöcale, Arbeitsnachweis, Fremdenherberge und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse im Universitätskeller, Ritterstr. 7 (Zentral-Verkehr der Gewerkschaften). Kassirer der Zentral-Krankenkasse: Joseph Fritzsche, Leipzig-Reudnitz, Leipzigerstr. 3 und August Kattler, Friedrichstr. 41.

Lübeck. Verkehrslöcale: Fr. Spahrman, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: J. Strunt, Rosenstr. 14/6.

München. Das Verkehrs- und Versammlungslöcale des Lokalverbandes bef. sich im „Paffauer Hof“, Dultstr. 4.

— Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt, sowie Entgegennahme der Beiträge für die Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

Pankow. G. Gauert, Ecke Spandauer- und Schönhauserstraße Verkehrslöcale. Sonntags nach dem 1. und 15. jeden Monats, Nachm. 3—4 Uhr werden Verbandsbeiträge entgegengenommen.

Rostock. Verkehrslöcale für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Wendland, Begünenberg 10.

Schwerin. Verkehrslöcale und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbefasse: Gr. Moor 49.

Stettin. Verkehrslöcale u. Zahlstelle des Verbandes, sowie Zahlstelle der B.-K.-K. bei H. Zimmerer bei F. Weißberg, Bismardstr. 10. Zentralherberge: Gr. Lastadie 14.

Stuttgart. Zentral-Herberge u. Zahlstelle des Verbandes im „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstr. 12. Verkehrs-löcale u. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse Holzstr. 18.

Wilhelmshaven. Verkehrslöcale u. Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenerstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.